Proletarier aller Länder vereinigt euch !

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

108. Jahrgang, Nr. 7 — Juli 2026

PPI Eigenverlag "Wilhelm Pieck"
Redaktion und Vertrieb
99084 Erfurt, Johannesstraße 156
Tel.: 0170/1831495 - *Tel.: 0361/64458760*

Gegründet von
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg
(wieder herausgegeben 1990 in der DDR)

Einzelpreis: 3,20 Euro
Jahres-Abonnement: 35,00 Euro
Förder-Abonnement: 45,00 Euro

AUS DEM INHALT

SEITE 2:
- Die KPD steht auf dem Wahlzettel!
- Kein Werben fürs Töten und Sterben
- Strategie- und Aktionskonferenz 2026

SEITE 3:
- Die Schienen des Kupfers
- Die Sorge um den alten Paul

SEITE 4:
- Eindrücke aus Moskau und internationale Perspektiven der kommunistischen Zusammenarbeit
- Faschismus unbesiegbar?
- Vor 70 Jahren wurde die KPD verboten!

SEITE 5 – JUNGKOMMUNIST:
- Ey Atze: Junitage
- Rotes Jugendcamp 2026
- Die DDR im Spiegel ihrer Kombinate: VEB Werkzeugmaschinenkombinat „7. Oktober" Berlin

SEITE 6:
- Кто кого? - Zum Kampf gegen Imperialismus und Faschismus - Drittes Internationales Anti-Terror-Forum (Moskau)

Nach 85 Jahren soll Rußland wieder unterworfen werden!

Vor 85 Jahren entfesselte der deutsche Faschismus einen Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion, der 27 Millionen Menschen das Leben kosten sollte. Heute bereitet die NATO den nächsten Krieg gegen die Völker Rußlands vor. Vor unseren Augen ist der nächste Anlauf zur Kolonisierung und Unterwerfung Osteuropas in vollem Gange. Rußland ist keine Bedrohung, sondern sah sich gezwungen, sich militärisch gegen die NATO-Aggression zur Wehr zu setzen.

Die historischen Tatsachen anerkennen

Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion wurde erst durch die gewaltigen Finanzspritzen des US-amerikanischen und britischen Monopolkapitals möglich, die Deutschlands Aufrüstungspolitik der 1930er Jahre, trotz der Furcht vor einer deutschen Übermacht, unterstützten, um die Hitler-Aggression gegen die Sowjetunion zu lenken. Bereits im Zuge der Oktoberrevolution hatten Deutschland, England und die USA zur Bekämpfung der Sowjetunion miteinander paktiert. Nun sollte ein für allemal Schluß mit dem sozialistischen Aufbau gemacht werden.

Die deutschen Faschisten waren bei ihrem Überfall nicht allein – die faschistischen Regime Ungarns, Italiens, Rumäniens sowie die Slowakei und Finnlands beteiligten sich an dem antikommunistischen Feldzug. Hunderttausende Nazikollaborateure aus vielen weiteren Ländern schlossen sich im Kampf um eine faschistische „Nation Europa" der Waffen-SS an. Die brutalen Verbrechen der Wehrmacht und der SS – der Kommissarbefehl, die völkermörderische Blockade Leningrads, die industrielle Vernichtung der osteuropäischen Juden, die Politik der verbrannten Erde – sie werden bis heute bewußt verschwiegen und in ihrer Bedeutung heruntergespielt.

Europa unter deutscher Führungsmacht

Das Ziel dieses Vernichtungskrieges war die Kolonisierung Osteuropas und die Ausschaltung der Sowjetunion, welche der Politik des Imperialismus, sei es aus Berlin, London oder Washington, die Stirn bot. Der „Lebensraum im Osten" sollte der deutschen Wirtschaft nicht nur Millionen Zwangsarbeiter zuführen, sondern auch neue Rohstoffquellen erschließen und lukrative Profite einbringen. Der von den Nazieliten und Monopolvertretern ausgearbeitete „Generalplan Ost" sah neben einer wirtschaftlichen Ausplünderung der annektierten Gebiete auch die Besiedelung Osteuropas mit deutschen Siedlern vor. Die Gesellschaft für europäische Wirtschaftsplanung und Großraumwirtschaft, ein einflußreicher Kapitalverband, hielt zu jener Zeit in einer Denkschrift fest, daß der europäische Großraum *„sämtliche Völker des Festlandes von Gibraltar bis zum Ural und vom Nordkap bis zur Insel Zypern mit ihren natürlichen kolonisatorischen Ausstrahlungen in den sibirischen Raum und über das Mittelmeer nach Afrika hinein"* umfassen müsse. Man sollte grundsätzlich nur von Europa sprechen *„denn die deutsche Führungsmacht ergibt sich von selbst"*[1]

Dieser Anlauf scheiterte am Widerstand der Roten Armee und der Völker der Sowjetunion. Die Ambitionen des deutschen Imperialismus wurden damit nicht begraben, sondern nur vertagt. Heute formuliert der deutsche Vizekanzler Klingbeil: *„Nach knapp 80 Jahren der Zurückhaltung hat Deutschland heute eine neue Rolle im internationalen Koordinatensystem. (…) Deutschland muß den Anspruch einer Führungsmacht haben."*[2] Die Bundesrepublik plant den nächsten Anlauf gen Osten und ist auf der Suche nach alter Stärke.



Sie reden ständig vom Frieden – säen aber den Tod!

Der Imperialismus stößt auf Widerstand

Die Träume der deutschen Monopole nach einem europäischen Großraum wurden durch den Sieg der Roten Armee und des gesamten sowjetischen Volkes vorerst zerschlagen. Mit der Konterrevolution im Jahr 1990 konnten sie ihren nächsten großangelegten Anlauf starten. Anstatt mithilfe eines „Generalplan Ost" wurde Osteuropa nun durch EU-Integration und das deutsche Exportmodell erobert. Rußland wurde in eine halbkoloniale Abhängigkeit gezwungen, seine Rohstoffe flossen in die westlichen Metropolen und die vom IWF diktierten wirtschaftlichen Schocktherapien der 1990er verwandelten die einstige Industrienation in ein Rohstoffanhängsel. Polen, Tschechien, die Ukraine und viele weitere Länder werden seitdem als verlängerte Werkbänke und Absatzmärkte genutzt. Die modernen Formen des Kolonialismus und finanzieller Abhängigkeit, die der Imperialismus während des Kalten Krieges entwickelte, trafen nun auch die Völker Osteuropas. Die EU hatte auf wirtschaftlichem Gebiet erreicht, woran die deutschen Faschisten gescheitert waren. Zuletzt wurden auch vermehrt Schritte des deutschen Imperialismus unternommen, diese Staaten zur Militärbasis für die Kriegsvorbereitung gegen Rußland aufzubauen, wie mit der Brigade Litauen.

Seit der internationalen Finanzkrise von 2008, dem Widerstand des Volkes im Donbass gegen den Maidan-Putsch und der zunehmenden Abwendung Rußlands von seiner halbkolonialen Rolle gegenüber der EU und den USA, war absehbar, daß der nächste Anlauf zu einem großen Krieg im Osten nur eine Frage der Zeit ist.

Der scheinbar ungehinderten imperialistischen Expansionspolitik des Westens wurde 2014 in der Ukraine ein Riegel vorgeschoben. Der faschistische Putsch in Kiew stieß zunächst auf den antifaschistischen Widerstand im Donbass. Seitdem Rußland in das offene Kriegsgeschehen eingegriffen hat, versuchen Deutschland und die NATO das Land militärisch in die Knie zu zwingen.

Mit der NATO-Expansion bis an die russische Grenze, der Stationierung von Raketen, die Moskau in fünf Minuten erreichen und der offen angedrohten atomaren Aufrüstung der Ukraine soll Rußland erpresst und gefügig gemacht, bei Widerstand in Einzelteile zerlegt werden. Rußland soll als Gegner des Imperialismus ausgeschaltet werden. Es geht um den nächsten Anlauf zur Kolonisierung und Unterwerfung der Völker Rußlands.

Den nächsten Anlauf verhindern

Deutschland unterstützt die Nachfolger der Nazi-Kollaborateure in der Ukraine, in Finnland und dem Baltikum, als die am meisten antirussischen und militaristischen Vollstrecker dieser Politik. Der US-Imperialismus setzt in seiner neuen Nationalen Sicherheitsstrategie auf eine Neuformierung des Transatlantikpakts durch die Unterstützung rechter und faschistischer Parteien, die ein ultrareaktionäres und hochgerüstetes Europa errichten sollen. Die Kriegsvorbereitung gegen Rußland ist ein Motor der Faschisierung in Europa.

Kanzler Merz macht aus seinen Ambitionen kein Geheimnis: *„Europa blickt auf uns. Europa erwartet etwas von uns. Die neue Bundesregierung nimmt diese Verantwortung an. (…) Die Bundesregierung wird zukünftig alle finanziellen Mittel zur Verfügung stellen, die die Bundeswehr braucht, um konventionell zur stärksten Armee Europas zu werden."*[3]

Uns sollte allen klar sein, worum es hier geht: Diese Aufrüstung hat ein klares Ziel – und zwar Moskau. Deutschland tritt damit in die Fußstapfen seiner Vergangenheit, diesmal mit einer Europäischen Union im Schlepptau.

Die Völker Rußlands machen sich keine Illusionen über die Politik des Imperialismus. Sie wissen um den Ernst der Lage und wie akut die Bedrohung für ihre Zivilisation ist. Sie wissen aus historischer Erfahrung, was es bedeutet, wenn deutsche Panzer gen Osten rollen, und sie werden sich diesem Anlauf entgegenstellen. Dem Land droht abermals die Unterwerfung und Kolonisierung mit schlimmsten Folgen für seine Bevölkerung und das internationale Kräfteverhältnis gegen den Imperialismus.

Wir müssen die Lüge einer angeblichen Bedrohung durch Rußland, die genutzt wird, um die Aufrüstung in Deutschland zu legitimieren, entlarven und klarmachen: Die NATO bedroht Rußland. Sie führt einen Krieg gegen das Land – und zwar mithilfe von Nazi-Bataillonen, die mit modernster Waffentechnik der NATO-Länder ausgestattet sind. Die EU versucht Rußland mit Wirtschaftsembargos in die Knie zu zwingen, als Gegner ihrer imperialistischen Politik auszuschalten und wie schon vor 85 Jahren zu unterwerfen. Es ist im Interesse aller Völker, daß die NATO mit diesem Anlauf scheitert.

Für die Niederlage der NATO in der Ukraine und in der Welt!

Stoppt den Krieg gegen Rußland!

KO Dresden

1) *Wolfgang Michalka (Hrsg.): Deutsche Geschichte 1933-1945. Dokumente zur Innen- und Außenpolitik. Frankfurt am Main 1999, S. 227. .*

2) *AK Antimilitarismus (Hrsg.): Die Große Mobilisierung. Die Bundeswehr von der Wiederbewaffnung bis zur Kriegstüchtigkeit. Köln 2026, S. 167*

3) *ebenda*

+++ IN KÜRZE +++

Ami go home?

Noch ist unklar, wie verläßlich und tragfähig die Meldungen der letzten Monate aus den USA tatsächlich sind. Aussagen und Ankündigungen aus dem Umfeld von Donald Trump schwanken immer wieder zwischen taktischer Drohung, medialer Inszenierung und realer Politik. Ob ein Teilabzug von US-Truppen oder eine Neubewertung der Stationierung von Mittelstreckenraketen in der BRD tatsächlich umgesetzt wird, bleibt daher vorerst offen. Sicher ist jedoch: Die Debatte selbst ist Ausdruck verschärfter imperialistischer Spannungen. Die mögliche Absage der Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen wäre ein Ergebnis des wachsenden internationalen Machtkampfes und der Umverteilung militärischer Lasten innerhalb der NATO. Jede Verzögerung oder Einschränkung solcher Pläne verringert die unmittelbare Eskalationsgefahr. Doch wer daraus Entwarnung ableitet, verkennt die Dynamik des Imperialismus. Denn unabhängig von Washington treibt die Bundesregierung die eigene Aufrüstung entschlossen voran. Unter dem Schlagwort „europäische Souveränität" wird die BRD systematisch zur militärischen Führungsmacht Europas ausgebaut. Die Bundeswehr soll zur stärksten konventionellen Armee des Kontinents werden, begleitet von massiver Hochrüstung, neuer Infrastruktur für den Kriegsfall und der weiteren Militarisierung der Gesellschaft. Für uns bleibt klar: Weder US-Imperialismus noch deutscher Militarismus bedeuten Frieden. Die Bundesrepublik darf kein Aufmarschgebiet und keine Logistikdrehscheibe imperialistischer Kriege bleiben. US-Truppen müssen vollständig abziehen, und alle US-Militärstützpunkte gehören perspektivisch geschlossen, - insbesondere die Air Base Ramstein als zentrale Kommando- und Logistikdrehscheibe für US-Kriege – und Steuerung weltweiter Drohneneinsätze. Während Milliarden in Rüstung, Raketen und „Kriegstüchtigkeit" fließen, werden im Inneren soziale Rechte abgebaut, Krankenhäuser geschlossen und die Krisenlasten auf die Arbeiterklasse abgewälzt. Notwendig ist kein neuer Machtblock in Europa, sondern der konsequente Kampf gegen Krieg, Aufrüstung und Imperialismus – in den USA ebenso wie hier bei uns.

MN

4 197069 103202

+++ KURZMELDUNGEN +++

Die KPD steht auf dem Wahlzettel!

Zumindest zur Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern. Es ist amtlich: Die KPD wird am 20. September 2026 an der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern teilnehmen. Der Landeswahlausschuß hat die Zulassung der Partei vor wenigen Tagen in Schwerin einstimmig bestätigt. Alle erforderlichen Unterlagen und Unterstützungsunterschriften wurden fristgerecht eingereicht und anerkannt.

Dieser Erfolg ist das Ergebnis des Engagements vieler Genossinnen, Genossen und Unterstützer. Durch das Sammeln von Unterschriften, zahlreiche Gespräche und beharrliche Arbeit wurde die Voraussetzung geschaffen, daß die KPD auf dem Wahlzettel stehen wird.

Nun beginnt die nächste Etappe: der Wahlkampf. Wir haben weder die Stärke noch die Mittel, um bei der Materialschlacht mitzuhalten, die die Etablierten alle paar Jahre führen – und wollen das auch nicht. Aber wir werden die Landtagswahl nutzen, um unsere Positionen öffentlich zu vertreten und für eine Gesellschaft einzutreten, in der die Bedürfnisse der Menschen wichtiger sind als die Profite weniger.

Unser Landeswahlprogramm ist bereits veröffentlicht und steht auf der Webseite. Zusätzlich zur bundesweiten Parteiseite haben wir die Internetseite www.waehlt-kpd.de eingerichtet. Sie wird bewußt einfach und übersichtlich gehalten. In Kürze werden dort unser Wahlaufruf sowie das Landeswahlprogramm für Mecklenburg-Vorpommern zu finden sein.

Die Zulassung zur Wahl ist ein wichtiger Schritt. Jetzt kommt es darauf an, unsere Positionen möglichst vielen Menschen bekannt zu machen. Dabei kann jede und jeder helfen – durch Gespräche, die Verbreitung unserer Materialien und die Unterstützung des Wahlkampfs.

Packen wir es gemeinsam an!

Milliarden für den Kriegsstaat

Mitte Mai erklärte Bundesinnenminister Alexander Dobrindt: „Wir rüsten auf beim Bevölkerungsschutz und der zivilen Verteidigung.“ Tatsächlich plant die Bundesregierung laut Medienberichten ein weiteres Sonderprogramm von zehn Milliarden Euro für den Ausbau des Zivilschutzes. Bis 2029 sollen unter anderem 1.000 neue Spezialfahrzeuge und 110.000 Feldbetten angeschafft werden. Militärische und zivile Verteidigung würden dabei immer enger miteinander vernetzt. Damit zeigt sich erneut: Die Kriegsvorbereitung beschränkt sich längst nicht mehr auf die Bundeswehr. Schritt für Schritt wird die gesamte Gesellschaft auf künftige militärische Konflikte ausgerichtet. Unter Schlagworten wie „Resilienz“ und „Bevölkerungsschutz“ entsteht eine Infrastruktur für den Kriegsfall – finanziert mit Milliarden, während gleichzeitig bei Bildung, Gesundheit und Sozialem gekürzt wird. Für Aufrüstung und die aggressive NATO-Politik ist offenbar unbegrenzt Geld vorhanden, nicht aber für die Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung.

Kein Werben fürs Töten und Sterben

Unter diesem Motto protestierte das Rostocker und Schweriner Friedensbündnis am 6. Juni im Rahmen einer Menschenkette vor dem Fliegerhorst Rostock-Laage anläßlich des Tages der Offenen Tür der Bundeswehr.

Die „Truppe“, wie sich die Bundeswehr in ihrer Werbung locker nennt, lud an jenem Wochenende deutschlandweit an zehn Standorten zum Tag der Bundeswehr ein.

Längst nicht alle sind davon begeistert, „kriegstüchtig“ zu werden. 28 Prozent der 18-Jährigen haben ihren Wehrerfassungsbogen noch nicht ausgefüllt. Vielleicht hoffte die Bundeswehr ja, das am Tag der Offenen Tür ändern zu können.

Allein in Laage rechnete man mit 80 000 bis 100 000 Besuchern. Letztendlich belief sich die Besucherzahl auf ca. 60 000.

Finden wir hier eine harmlose „Truppe“, bei der man seine Interessen einbringen kann, modernste Technik bedient und einen sicheren, gut bezahlten Job hat? So soll das Töten und Getötet-Werden versüßt werden!

Was sie wollen, ist Krieg. Aber was sie uns zeigen, sind spannende Flugkommandos, interessante Anekdoten und ein spaßiges Erlebnis für die ganze Familie. Über Leiden, Opfer und Tote des Krieges schweigen sie.

Das Geschwader in Laage bildet alle deutschen und österreichischen Eurofighter-Piloten aus. Die Eurofighter aus Laage patrouillieren über Polen und dem Baltikum und verschärfen die Konfrontation im Ostseeraum.

Was das Elend des Krieges bedeutet, sehen wir in der ganzen Welt. Die deutsche Bundesregierung verfolgt währenddessen den Plan, militärische Führungsmacht in Europa zu werden. Für ihre Militärstrategie macht die Regierung unbegrenzt Schulden.

550 Betriebe in Deutschland arbeiten inzwischen für die Rüstung. Die Bundeswehr fordert Flächen zurück, die sie aufgegeben hatte und auf denen zum Beispiel Wohnungen entstehen sollten. Sie streckt ihre Finger auch nach dem zivilen Flughafen Laage aus.

MV hat bundesweit die höchste Militärdichte: 529 Soldatinnen und Soldaten kommen auf 100 000 Einwohner. Gleichzeitig ist MV bundesweit das Schlußlicht bei den Durchschnittslöhnen. Hier wie überall wird über Sozialkürzungen diskutiert.

Ziel der Bundeswehrwerbung auf Plakaten, in Werbevitrinen oder bei Events wie diesem ist es, die Gesellschaft Schritt für Schritt an den Gedanken eines eigenen Krieges heranzuführen.

Deshalb fordern wir, nicht nur am Tag der Bundeswehr:

- Nein zur Wehrpflicht!
- Keine weitere Militarisierung der Bildung! Bundeswehr raus aus Schulen und Hochschulen!
- Nein zu Hochrüstung und Kriegswirtschaft, zur Zerschlagung der Sozialsysteme und zum militärischen Mißbrauch des Gesundheitswesens und anderer ziviler Infrastruktur!
- Keine Waffenlieferungen, keine Waffenexporte!
- Nein zum Krieg!

Tragt den Protest auf die Straße. Entlarvt das Großmachtstreben des deutschen Imperialismus. Dafür steht die KPD und dafür tritt die KPD in MV zur Landtagswahl an.

C. Melcher

Strategie- und Aktionskonferenz 2026

Für Austausch, Verständigung und gemeinsame Perspektiven der kommunistischen Bewegung

13.–15. November 2026 – Erfurt

Die gesellschaftliche Entwicklung ist geprägt von Aufrüstung, Sozialabbau, wachsender Repression und der Gefahr neuer Kriege. Gleichzeitig ist die kommunistische Bewegung in der Bundesrepublik weiterhin zersplittert und organisatorisch geschwächt. Umso notwendiger ist der ernsthafte Austausch über gemeinsame Perspektiven, Zusammenarbeit und Schritte hin zu größerer Einheit und gesellschaftlicher Schlagkraft.

Deshalb laden wir vom 13.–15. November 2026 nach Erfurt zu einer Strategie- und Aktionskonferenz ein. Die Konferenz richtet sich an Kommunistinnen und Kommunisten unterschiedlicher Organisationen und Zusammenhänge ebenso wie an parteilose Sympathisantinnen und Sympathisanten der kommunistischen Bewegung.

Neben mehreren politischen Inputs – unter anderem von Vertreterinnen und Vertretern der DKP und KPD – soll die Konferenz vor allem Raum für Diskussion, gegenseitiges Kennenlernen und offenen Austausch bieten.

Geplant sind unter anderem:

- Beiträge zur aktuellen internationalen Lage und zur Entwicklung des Imperialismus (Patrick Köbele, Parteivorstand DKP sowie Mike Nagler, ZK KPD)
- Diskussionen über Zustand, Aufgaben und Perspektiven der kommunistischen Bewegung in der Bundesrepublik
- Arbeitsgruppen zu Geschichte, Strategie, Antimilitarismus und Organisierung
- internationale Berichte und Erfahrungsaustausch
- gemeinsames Kulturprogramm am Freitag und Samstagabend

Die Konferenz versteht sich als ein Schritt hin zu mehr Verständigung, Zusammenarbeit und gemeinsamer Praxis innerhalb der kommunistischen Bewegung.

Die Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ist aufgrund der Räumlichkeiten auf 200 begrenzt.

Teilnehmerbeitrag: 10,- Euro

Anmeldungen per E-Mail an:
info@aktionskonferenz.de

Weitere Informationen folgen im Sommer über:
www.aktionskonferenz.de

Hilfe für Venezuela

Unsere Solidarität wird gebraucht

„Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker.“

Am 24. Juni 2026 erschütterten zwei schwere Erdbeben Venezuela.
Das erste erreichte eine Stärke von 7,2 auf der Richterskala, das zweite war mit 7,5 sogar noch heftiger.
Die Menschen vor Ort brauchen dringend unsere Hilfe – sei dabei!

Spenden:
Gesellschaft für Frieden und internationale Solidarität (GeFiS) e.V.
Bank: GLS-Gemeinschaftsbank e.G.
IBAN: DE19 4306 0967 1106 0519 00
BIC: GENODEM1GLS
Verwendungszweck:
Erdbebenopfer 24.06.2026

Erstunterzeichner:
KPD, Deutscher Friedensrat e.V., DKP, Friedensglockengesellschaft Berlin e.V., Gesellschaft für Frieden und internationale Solidarität (GeFiS) e.V., Rotfuchs, DKFB, Freundschaft mit Russland, Freidenkerverband Nordost, Fallschirmjäger-Traditionsverband Ost e.V., OKV e.V.

Rußland bestellt deutschen Botschafter ein

Mitte Juli hat das russische Außenministerium den deutschen Botschafter Alexander Graf Lambsdorff einbestellt und der Bundesregierung schwere Vorwürfe gemacht. Moskau erklärt, die umfangreiche militärische Unterstützung der Bundesrepublik für die Ukraine trage nach russischer Auffassung Mitverantwortung für Angriffe auf zivile Infrastruktur auf russischem Staatsgebiet. Zudem kritisierte Rußland die fortgesetzten Waffenlieferungen, die militärisch-technische Zusammenarbeit mit Kiew sowie Versuche Berlins, den außenpolitischen Kurs anderer Staaten gegenüber Rußland zu beeinflussen.

Darüber hinaus verurteilte das russische Außenministerium die antirussische Öffentlichkeitsarbeit der deutschen Botschaft in Moskau scharf und warf ihr propagandistische Eskalation vor.

Die Einbestellung des deutschen Botschafters unterstreicht die weitere Verschärfung der Spannungen zwischen der Bundesrepublik und Rußland. Während die Bundesregierung ihre militärische Unterstützung für die Ukraine kontinuierlich ausweitet, wächst zugleich die Gefahr einer direkten Konfrontation zwischen den NATO-Staaten und Rußland. Für die Bevölkerung kann diese Politik nur höhere Rüstungsausgaben, sozialen Abbau und die weitere Zuspitzung der Kriegsgefahr bedeuten. Notwendig bleibt daher der konsequente Kampf gegen Militarismus, Aufrüstung und Sozialabbau.

m.n.

Die Schienen des Kupfers

Wer am Hafen von Lobito an der angolanischen Atlantikküste steht, sieht lange Güterzüge kommen und gehen. Sie bringen Kupfer, Kobalt, Lithium und andere Rohstoffe aus dem Inneren Afrikas. Stoffe, die heute begehrter sind als Gold. Ohne sie fahren keine Elektroautos, arbeiten keine Smartphones und funktionieren viele moderne Waffensysteme nicht.

Die Europäische Union und die Vereinigten Staaten feiern den sogenannten Lobito-Korridor als Zukunftsprojekt. Die rund 1.300 Kilometer lange Eisenbahnverbindung führt vom Kupfergürtel Sambias und der Demokratischen Republik Kongo bis zum Atlantikhafen Lobito. Bis 2030 sollen jährlich eine Million Tonnen Kupfer über diese Strecke transportiert werden. Die Summen sind gewaltig. Mehr als zwei Milliarden Euro stellt die EU für den Ausbau bereit. Das Projekt ist Teil ihres Global-Gateway-Programms, mit dem bis 2027 weltweit rund 300 Milliarden Euro in Infrastrukturvorhaben investiert werden sollen. Parallel dazu wollen die G7-Staaten im Rahmen ihrer „Partnership for Global Infrastructure and Investment“ mehr als 600 Milliarden US-Dollar mobilisieren. Allein Ende 2025 sagten die USA weitere 553 Millionen US-Dollar für den Ausbau des Korridors zu. Weitere 200 Millionen Dollar kamen von der südafrikanischen Entwicklungsbank.

Wer diese Zahlen hört, könnte glauben, hier werde vor allem Afrika entwickelt. Doch die Geschichte der Strecke erzählt etwas anderes. Bereits 1902 begann der Bau der Benguela-Bahn. Damals stand Angola unter portugiesischer Kolonialherrschaft. Die Schienen sollten die reichen Kupfervorkommen des Kongos und Sambias mit dem Atlantik verbinden. Als die Strecke 1931 fertiggestellt wurde, erfüllte sie ihren Zweck: Afrikanische Rohstoffe gelangten schneller zu den Häfen und von dort nach Europa. Nicht die Menschen brauchten diese Bahn. Das Kapital brauchte sie. Fast hundert Jahre später wird dieselbe Strecke modernisiert. Die Lokomotiven sind neuer geworden, die Sprache der Politiker freundlicher. Doch die wirtschaftliche Logik ist erstaunlich vertraut geblieben. Denn hinter den Milliardeninvestitionen stehen handfeste Interessen. Die Industriestaaten Europas benötigen enorme Mengen an Kupfer, Kobalt, Lithium, Nickel und seltenen Erden. Diese Rohstoffe werden für Batterien, Stromnetze, Elektrofahrzeuge, Computertechnik und moderne Rüstungsgüter gebraucht. Wer über ihren Zugang verfügt, verschafft sich Vorteile im internationalen Wettbewerb.

Die Demokratische Republik Kongo besitzt dabei eine Schlüsselstellung. Rund zwei Drittel der weltweiten Kobaltproduktion stammen aus dem Land. Gleichzeitig werden etwa 75 Prozent des Kobalts in China weiterverarbeitet. Von den 33 Kobaltexporteuren des Kongos stehen 24 unter chinesischer Kontrolle. Gerade diese Entwicklung bereitet den Regierungen in Washington und Brüssel Sorge. Der Lobito-Korridor soll dazu beitragen, die Abhängigkeit von chinesisch dominierten Lieferketten zu verringern und den direkten Zugriff westlicher Staaten und Unternehmen auf strategische Rohstoffe zu stärken. Damit ist die Bahnlinie weit mehr als ein Infrastrukturprojekt. Sie ist Ausdruck einer verschärften Konkurrenz um Rohstoffe und wirtschaftlichen Einfluß. Bislang wurden viele Rohstoffe aus Zentralafrika über Handelswege in Richtung Osten exportiert. Die modernisierte Verbindung nach Lobito soll die Warenströme teilweise umlenken. Kupfer, Kobalt und andere Bodenschätze sollen künftig verstärkt über den Atlantik nach Europa und Nordamerika gelangen.

Dabei sprechen europäische Politiker gern von Partnerschaft und gemeinsamer Entwicklung. Doch ein Blick auf die Struktur des Projekts genügt. Der Lobito-Korridor dient in erster Linie dem Export von Rohstoffen. Die entscheidenden Verarbeitungsschritte finden weiterhin überwiegend außerhalb Afrikas statt. Batterien werden nicht in Angola produziert. Hochtechnologie entsteht nicht im Kongo. Der größte Teil der Wertschöpfung verbleibt dort, wo die Industriekonzerne und Finanzzentren sitzen. So setzt sich ein bekanntes Muster fort: Afrika liefert die Rohstoffe. Andere verarbeiten sie und erzielen die höchsten Gewinne.

Auch europäische Unternehmen profitieren bereits von den neuen Investitionen. Die Eisenbahnlinie wird von einem Konsortium betrieben, an dem unter anderem der Rohstoffhändler Trafigura, der portugiesische Baukonzern Mota-Engil und das belgische Eisenbahnunternehmen Vecturis beteiligt sind. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier sprach bei einem Besuch des Projekts von einem Infrastrukturvorhaben mit „wirtschaftlich ungeheurer Bedeutung“ und verwies ausdrücklich auf Investitionsmöglichkeiten für deutsche Unternehmen. Bereits heute sichert die Bundesregierung ein Solarprojekt in Angola im Umfang von 1,29 Milliarden Euro mit Exportkreditgarantien ab. Deutsche Firmen liefern dafür Technik und Ausrüstung. Sollte Angola seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen können, haftet die BRD für 95 Prozent der Summe. All dies macht deutlich: Hinter den großen Worten von Entwicklung und Partnerschaft stehen sehr konkrete wirtschaftliche Interessen.

Das überrascht nicht. Infrastruktur entsteht im Kapitalismus nicht in erster Linie dort, wo gesellschaftliche Bedürfnisse bestehen, sondern dort, wo Investitionen Profite versprechen. Eisenbahnlinien, Häfen und Logistikzentren folgen den Wegen des Kapitals. Der Lobito-Korridor zeigt dies besonders deutlich. Er verbindet nicht vor allem afrikanische Märkte miteinander. Er verbindet Rohstofflagerstätten mit Exporthäfen. Seine wirtschaftliche Funktion besteht darin, den Transport strategischer Rohstoffe effizienter und profitabler zu machen.

Die Kolonialreiche des 19. Jahrhunderts sind verschwunden. Doch der Kampf um Rohstoffe und Einflußzonen prägt weiterhin die Weltpolitik. Während China in den vergangenen Jahrzehnten seine wirtschaftliche Präsenz auf dem afrikanischen Kontinent erheblich ausgebaut hat, bemühen sich die USA und die Europäische Union nun, verlorenen Einfluß zurückzugewinnen und ihre Position zu stärken. Für die Menschen in Angola, Sambia und dem Kongo bleibt dabei dieselbe Frage wie schon vor hundert Jahren: Wer verfügt über den Reichtum ihres Landes und wer profitiert von seiner Nutzung?

Solange Kupfer, Kobalt und Lithium vor allem als Waren betrachtet werden, deren Zweck in der Vermehrung von Kapital besteht, droht sich die Geschichte zu wiederholen. Die Züge mögen moderner geworden sein. Die Flaggen auf den Lokomotiven mögen gewechselt haben. Doch die Richtung, in die der Reichtum fließt, ist vielerorts dieselbe geblieben.

mn

Die Sorge um den alten Paul - Eine Glosse

Der alte Paul war beruhigt. Jedenfalls war er es, bis die Rentenkommission erschien.

Fünfundvierzig Jahre hatte er gearbeitet. Erst in einer Werkstatt, dann in einer Fabrik, später in einer Lagerhalle. Er hatte Schichten gemacht, Überstunden und Nachtschichten. Er hatte Maschinen bedient, die heute im Museum stehen würden, wenn die Museen noch Geld hätten.

Nun war er siebenundsechzig und glaubte, er dürfe langsam alt werden.

Doch da kamen die Fachleute.

„Paul“, sagten sie, „wir machen uns Sorgen um deine Rente.“

Das rührte ihn. Schließlich hatte sich seit Jahrzehnten niemand mehr Sorgen um ihn gemacht.

„Ist denn etwas passiert?“

„Allerdings“, sagten die Fachleute. „Du lebst zu lange.“

Paul erschrak.

„Entschuldigung“, sagte er. „Das war nicht meine Absicht.“

„Das glauben wir dir“, antworteten die Fachleute. „Aber es bleibt ein Problem.“

„Und was soll ich tun?“

„Länger arbeiten.“

„Aber ich habe doch schon fünfundvierzig Jahre gearbeitet.“

„Eben. Jetzt noch ein bißchen länger.“

Paul dachte nach.

„Die Maschinen arbeiten heute schneller als früher.“

„Ja.“

„Es werden mehr Waren hergestellt als früher.“

„Ja.“

„Die Unternehmen machen höhere Gewinne als früher.“

„Ja.“

„Dann müßte doch eigentlich genug da sein.“

Die Fachleute wurden unruhig.

„So darfst du nicht rechnen.“

„Wie denn dann?“

„Du mußt verstehen, daß für deine Rente kein Geld da ist.“

„Aber für Dividenden? Für Rüstung? Für Bankenrettungen? Für Spekulanten?“

„Ja.“

„Nur für meine Rente nicht?“

„Jetzt beginnst du das Problem zu verstehen.“

Paul verstand tatsächlich etwas. Er verstand, daß die Herren nicht deshalb über Demografie sprachen, weil sie sich für alte Menschen interessierten. Sie interessierten sich für Geld. Und zwar für sein Geld.

„Wir haben übrigens noch eine gute Nachricht“, sagte die Kommission.

„Welche?“

„Ein Teil deiner Altersvorsorge soll künftig an der Börse angelegt werden.“

„An der Börse?“

„Ja. Dort arbeitet dein Geld für dich.“

Paul dachte an die vielen Jahre, in denen er selbst gearbeitet hatte.

„Und wenn die Börse abstürzt?“

Die Fachleute lächelten.

„Dann arbeitet dein Geld eben nicht mehr für dich.“

„Und wer trägt den Verlust?“

„Du.“

„Und wer bekommt den Gewinn?“

„Das ist eine komplizierte wirtschaftliche Frage.“

Paul nickte.

„Gar nicht so kompliziert“, sagte er. „Die Gewinne werden privatisiert, die Verluste sozialisiert. Das kenne ich schon.“

Die Fachleute schauten überrascht.

„Woher weißt du das?“

„Weil ich mein ganzes Leben gearbeitet habe“, antwortete Paul.

Ende Juni hat die Rentenkommission der Bundesregierung ein 76-seitiges Papier mit 33 Empfehlungen zur Zukunft der Alterssicherung vorgelegt. Hinter dem Wust aus Fachbegriffen verbergen sich zwei einfache Botschaften: Arbeite länger. Übergib mehr Geld den Finanzmärkten.

Während Beschäftigte künftig länger arbeiten und zusätzlich für eine Kapitalmarktrente zahlen sollen, bleiben große Vermögen und Kapitaleinkünfte weitgehend verschont. Die Herren Experten sprechen von Demografie. Die Banken sprechen von Rendite. Die Regierung nennt es Reform.

Unsere ausführliche Analyse zeigt, warum es sich dabei nicht um eine technische Notwendigkeit, sondern um Klassenpolitik handelt. Die vollständige Stellungnahme findet sich auf unserer Webseite: www.k-p-d.org.

+++ KOMMENTAR +++

Urteil über Rußland

„Willst du, daß ein intelligenter Mensch, ein Deutscher oder ein Franzose eine Dummheit sagt – lass ihn ein Urteil über Rußland abgeben. Dies ist ein Thema, daß ihn berauscht und sofort seine Fähigkeit zum Denken verdunkelt.“

Dieser nette Ausspruch ist von P. A. Wjasemskij (1792-1878). Ich habe ihn hier geschrieben, nachdem ich im ZDF etwas zum G7-Gipfel gesehen und gehört hatte, besonders Herr Merz war gut aufgelegt mit seinen Worten, daß man Rußland mehr sanktionieren müsse, damit es an den Verhandlungstisch kommt. Dabei fiel mir der Spruch mit der Dummheit ein, die einen Deutschen berauscht…

Ich bin immer wieder erstaunt, wie unverfroren die so genannten westlichen Industrieländer sich über den „Rest der Welt“ auslassen und sich Befugnisse einräumen, die sie gar nicht haben. Fico, der slowakische Ministerpräsident hatte ja Putin in Peking voriges Jahr das mit der Kröte erklärt, die tief im Brunnen sitzt und nur ein kleines Stückchen Himmel sieht und dabei denkt, daß es die ganze Welt sei. Schon gegenwärtig sind ja diese Länder nur noch der kleinere Teil unserer Welt. Und das beisitzende Indien ist ja nur ein Feigenblatt für den kleinen Rest der Welt, obwohl es befremdet, Modi dort sitzen zu sehen. Vorgespielte Einigkeit gegen Rußland.

Dazu muß man ja einiges hinzufügen, was bei uns immer unter den Tisch gekehrt wird. Der „Rest der Welt“, das heißt alle Länder außer USA, EU, GB, Israel und noch einige Anhängsel, haben ein Potential, was ein Vielfaches ausmacht. Mit China, Rußland, auch Vietnam, Indonesien usw. gibt es zwischenzeitlich Bündnisse, wie BRICS + usw., die Wege suchen, sich von der Bevormundung des „Wertewestens“ zu befreien. Zurzeit hält aber der Dollar noch vieles zusammen. BRICS arbeitet an einer neuen internationalen Zahlungsbasis. In Kasan an der Wolga, Hauptstadt der Republik Tatarstan in der RF, treffen sich gegenwärtig die ASEAN + Staaten und beraten über ein weiteres wirtschaftliches Zusammenwachsen. Vor kurzem war in St. Petersburg ein internationales Wirtschaftsforum (analog Davos) mit Vertretern auch der BRD und anderer westlicher Länder. So etwas wird hier verschwiegen oder nur am Rande erwähnt, siehe die Kröte im Brunnen.

Die G7 haben ja nun wieder die weitere Unterstützung der Ukraine angesagt, um Rußland zu vernichten. Man erinnert sich nicht mehr so richtig, wohin dieser Gedankengang führt, weder an Napoleon noch an Hitler. Man denkt, mit einer technischen Zusammenarbeit (weit reichende Raketen, unbemannte Flugkörper) mit der Ukraine kann man Rußland zu irgend etwas zwingen. Ich kann nur wieder ein Wort aus dem früheren Rußland zitieren: Es ist von F. I. Tjutschew (1803 – 1873). Beide sind aus der Puschkinzeit und später. Sie haben länger gelebt als Puschkin (1799 – 1837) „Verstehen kann man Rußland nicht, und auch nicht messen mit Verstand. Es hat sein eigenes Gesicht. Nur glauben kann man an das Land.“

w.s.

+++ KOMMENTAR +++

Das Ziel erreichen

Vom Ziel haben viele Menschen einen Begriff, nur möchten sie es gerne schlendernd erreichen.

Diese Zeilen von Goethe standen heute früh in meinem Kalender. Sie erinnern immer so an „Kommunisten“, wie sie nicht sein sollen. Lenin wollte eine Kampfpartei, deren Mitglieder diszipliniert, lernend und lehrend, Massen mobilisierend wirken sollten. Es sollte eine Kaderpartei sein mit Führungsanspruch. Wir haben unsere 10 Punkte und unsere Dreierstrategie und damit sind wir glücklich. Wie wenden wir sie an, wie verbreiten wir sie? Wir machen schon eine ganze Weile kein Parteilehrjahr, weil ja fundiertes Wissen und damit eine höhere Aktivität = Kampfkraft erreicht werden könnte, die uns nicht so richtig wichtig ist? Warum eigentlich? Unser Ziel ist doch nach wie vor Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln und Aufbau einer ausbeutungsfreien Gesellschaft. Oder sehe ich das falsch?

Ich wurde 1953 zu Marxens Geburtstag als Kandidat unserer Partei aufgenommen, hatte zwei Bürgen, die meine Kandidatur begründen und mich führen mußten, damit ich ein guter Genosse werde. Einen guten Monat später war gleich eine Bewährungsprobe: der 17. Juni. Bei uns in Jena gingen, aufgewiegelt, die Belegschaften unserer Großbetriebe (Zeiss und Schott) auf die Straße. Wir hatten viele Diskussionen, mit Hilfe der Sowjetarmee war am Nachmittag alles beendet. Interessant war, daß die Aufwiegler zwar das Gefängnis stürmen konnten (unsere Volkspolizei trug damals noch keine Waffen), auch die Kreisleitung wurde ausgeräumt, aber die Arbeiter schauten nur zu… Das war mein erstes Beispiel, daß es immer Klassenkampf geben wird bis die Klassen überflüssig werden.

In den ersten Jahren danach hat unsere Partei bewiesen, daß sie ihr Ziel nicht schlendernd erreichen wollte, sondern kämpferisch. Frei nach Lenins Kampflosung der friedlichen Koexistenz der zwei Systeme (Sozialismus und Kapitalismus) hat sie sich bemüht, unser Volk zu mobilisieren für den Aufbau des Sozialismus in der DDR: Eisenhüttenkombinat Ost, die erste sozialistische Stadt – Stalinstadt, Genossenschaftsbildung auf dem Land und im Handwerk, durch „Überholen ohne einzuholen“, versuchte Anwendung der Kybernetik u. v. a. m. bis zur Grenzsicherung am 13. August 1961. Durch die Falschauslegung von Lenins oben genannter Losung, also nicht mehr kämpfen, sondern des lieben Friedens willen, Zusammenarbeit mit dem Kapitalismus, also nicht mal mehr einholen, geschweige denn überholen des Kapitalismus.

Das war dann der Beginn des Schlenderns (nach Goethe). Auch heute haben wir ja immer noch unser Ziel. Aber Wege zur Erreichung fallen uns wohl schwerer denn je, noch einmal mit Goethe „Den Gipfel im Auge wandeln wir gerne auf der Ebene“. Wir müssen uns wohl mächtig anstrengen, um diese Gangart wieder umzuwandeln, um wieder eine kämpfende Partei zu werden. Und zum Schluss: „Denn der Mensch, der zur schwankenden Zeit auch schwankend gesinnt ist, der vermehret das Übel und breitet es weiter und weiter.“ (auch von Goethe)

w.s.

Eindrücke aus Moskau und internationale Perspektiven der kommunistischen Zusammenarbeit

Meine Reise nach Moskau war für mich die erste überhaupt. Trotz gewisser Vorbereitung wurde mir vor Ort schnell bewußt, daß meine russischen Sprachkenntnisse – acht Jahre Schulrussisch, das mittlerweile drei Jahrzehnte zurückliegt – im praktischen Gebrauch kaum noch ausreichen. Für eine ernsthafte politische Diskussion oder ein tiefergehendes Verständnis hätte es nicht gereicht. Glücklicherweise wurde die Konferenz in fünf Sprachen simultan übersetzt, sodaß die Teilnahme auf Englisch problemlos möglich war.

Die III. Internationale Antifaschistische Konferenz fand auf Einladung der KPRF statt, für deren Einladung, Ausrichtung und Organisation wir als KPD ausdrücklich unseren Dank aussprechen.

Direkt nach meiner Ankunft hatte ich Gelegenheit, die Umgebung des Roten Platzes zu besuchen und auch das Lenin-Mausoleum zu besichtigen. Das offizielle Programm begann erst am Nachmittag mit einer wissenschaftlichen Tagung mit dem Titel „Fidel Castro, Ernesto Che Guevara und Hugo Chavez: Symbole des weltrevolutionären Prozesses“. Die Veranstaltung war zugleich im Vorfeld des kommenden 100. Geburtstages von Fidel Castro Ruz, dem Führer der kubanischen Revolution, eingeordnet. Daran nahmen zahlreiche Vertreter antikolonialer Bewegungen sowie kommunistischer und Arbeiterparteien aus vielen Ländern teil. Veranstaltungsort war das Moskauer Metropol Hotel, das eng mit der Geschichte der internationalen kommunistischen Bewegung verbunden ist.

In den folgenden Tagen wechselten sich Konferenzbeiträge, Diskussionen und bilaterale Gespräche ab. Zwischen den Sitzungen und am Abend blieb Raum für den direkten Austausch mit Delegierten aus unterschiedlichen Ländern. Besonders intensiv war für mich das Gespräch mit einer Genossin der Partido Comunista de Bolivia (PCB), die über die aktuelle politische und soziale Lage in Bolivien berichtete. In unseren Medien wird darüber vergleichsweise wenig berichtet, insbesondere über die aktuellen Proteste gegen Sozialabbau und Privatisierung sowie die Repressionen. Die derzeitige, stark von den USA unterstützte Regierung versucht offenkundig Schritt für Schritt, soziale Errungenschaften der Regierung von Evo Morales zurückzudrehen. Da ich selbst im Jahr 2000 während des „Wasserkriegs“ in Bolivien war, hat mich diese Einschätzung besonders interessiert.

Auch mit vielen weiteren Delegierten aus unterschiedlichen Ländern kam es zu Gesprächen über die jeweilige politische Lage, die Rolle der kommunistischen Parteien und die Herausforderungen des antiimperialistischen Kampfes. Aus der Bundesrepublik waren neben mir als Vertreter der KPD auch eine Vertreterin der DKP sowie Genossen der KO und Vertreter des Friedensrates anwesend. Ebenfalls nahm der letzte Generalsekretär des ZK der SED, Egon Krenz, teil, der eine viel beachtete und emotionale Rede hielt.

Ein besonderer Bestandteil des Programms war die gemeinsame Kranzniederlegung der Delegationen aus fast 100 Ländern an der Kremlmauer am Grabmal des unbekannten Soldaten in Gedenken an die Gefallenen im Großen Vaterländischen Krieg. Darüber hinaus wurde ein Nachmittag für die Besichtigung des Kremls mit seinen Museen, Kirchen und historischen Gebäuden vorgesehen, was für mich sehr interessant war. Von der Stadt selbst konnte ich aufgrund des dichten Konferenzprogramms nur Ausschnitte sehen.

Die Konferenz hinterließ bei mir insgesamt einen sehr positiven Eindruck. Vor allem machte sie deutlich, daß die kommunistische Bewegung weltweit keineswegs überall marginalisiert ist. In vielen Ländern ist sie eine bedeutende politische Kraft, bildet das zentrale Rückgrat und den Kompaß breiter sozialer Bewegungen und stellt in einigen Ländern sogar die Regierung.

Im Anschluß an die Konferenz fanden in den ausrichtenden Organisationen sowie im internationalen Austausch Auswertungen und Beratungen statt, in denen die Ergebnisse der Vorträge und Debatten zusammengeführt wurden. Als ein Resultat dieses Prozesses wurde Ende Juni ein gemeinsames Schreiben des Sekretariats des ZK der KPdSU sowie der Union der Kommunistischen Parteien der ehemaligen Sowjetunion an die beteiligten kommunistischen und antifaschistischen Kräfte übermittelt.

In diesem Schreiben wird die Einschätzung formuliert, daß sich die Gefahr eines neuen Weltkriegs unter den Bedingungen des Imperialismus weiter zuspitzt und daß die bisherigen, oft lose koordinierten antifaschistischen Strukturen nicht ausreichen, um dem wirksam entgegenzutreten. Vorgeschlagen wird darin, die Zusammenarbeit der kommunistischen und antifaschistischen Kräfte international zu vertiefen und über bestehende Differenzen hinweg zu einer engeren politischen und organisatorischen Kooperation zu gelangen. Perspektivisch soll auch eine breitere internationale antifaschistische Struktur geschaffen werden, die in der Lage ist, Kräfte zu bündeln, gemeinsame Positionen zu erarbeiten und koordinierte Initiativen gegen Krieg, Aufrüstung und imperialistische Interventionen zu ermöglichen.

Dabei wurde vorgeschlagen, große kommunistische Parteien wie die Kommunistische Partei Chinas sowie die Partei der Arbeit Koreas aufgrund ihrer Strukturen und Möglichkeiten stärker in eine koordinierende Rolle einzubeziehen sowie bestehende internationale Plattformen der antiimperialistischen Bewegung enger miteinander zu verbinden.

Aus deutscher Sicht erscheint dieser Prozeß besonders bedeutsam. Gerade weil die kommunistische Bewegung in der Bundesrepublik seit Jahrzehnten zersplittert, zerfasert und organisatorisch geschwächt ist, gewinnt die Frage der Einheit und der gemeinsamen Handlungsfähigkeit eine zentrale Bedeutung. Die KPD versteht es als ihre Aufgabe, an der Überwindung dieser Zersplitterung mitzuwirken und allen Kräften die Hand zu reichen, die bereit sind, auf einer klar antiimperialistischen und antifaschistischen Grundlage zusammenzuarbeiten.

Nach fünf intensiven Tagen in Moskau kehrte ich mit vielen neuen Eindrücken zurück. Es wird sicherlich nicht meine letzte Reise nach Rußland gewesen sein. Um meine Sprachkenntnisse wieder etwas aufzufrischen, habe ich bereits mit einem Sprachkurs begonnen, da ich sie für die zukünftige internationale Zusammenarbeit als hilfreich und notwendig einschätze.

mn

Faschismus unbesiegbar?

Am 22. Juni jährte sich zum 85. Mal der Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion. In einem fast 4-jährigen Krieg konnte die Sowjetunion den damals gefährlichsten Faschismus, den Hitlerdeutschlands, vernichten, wie man heute erlebt, nicht endgültig zerstören. Denn die Westmächte, damals die USA und Großbritannien, unterstützen zwar die Sowjetunion, aber nur mit dem Ziel Konkurrenz loszuwerden.

Inzwischen gibt es die Sowjetunion nicht mehr und die BRD ist wieder der größte Konkurrent mit Ansprüchen, wie damals die Weltherrschaft zu übernehmen. Also wieder, wenn es auch heute klassenmäßig kein gleiches ist, Rußland vernichten.

Dazu wurde die ehemalige Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik seit ihrer Unabhängigkeitserklärung 1990 durch den Westen als Brückenkopf gegen Rußland aufgebaut. Grund? In der Westukraine, bis 1918 Österreich-Ungarn, danach bis 1939 Polen, gab es seit Ende des 19. Jahrhunderts Bestrebungen für einen eigenen Staat. Seit dem gleichen Zeitpunkt gab es gleiche Bestrebungen für einen jüdischen Staat (Herzl auch in Österreich-Ungarn, Völkergefängnis).

Diese nationalistischen Bestrebungen wurden durch Deutschland gefördert, aber einen ukrainischen eigenständigen Staat wollten die deutschen Faschisten nicht, nur eine Schwächung der Sowjetunion, jetzt Rußlands. Die heutige Ukraine wird durch die USA und Westeuropa am Leben erhalten, bis Rußland aufgibt. Die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche der Ukraine gehört US - amerikanischen Konzernen; die meisten Bodenschätze sind ebenfalls vertraglich an die USA verkauft…Man braucht nur ihre Menschen als Soldaten gegen Rußland. Schon nach dem Putsch 2014 gab es in Kiew ein Plakat mit der Losung „Rußland muß ein Friedhof werden“.

Frieden mit Rußland soll unsere Losung sein und dem Faschismus keine Chance, also der Ukraine keine Unterstützung.

W.S.

Vor 70 Jahren wurde die KPD verboten!

„Dieses Verfahren ist kein objektives Rechtsverfahren, sondern ein politischer Prozeß“

Ein Beitrag im Rotfuchs, Ausgabe 6/7/26, von Dr. Ralf Hohmann

Anlässlich der vorgesehenen Einführung der allgemeinen Wehrpflicht (die Bundeswehr wurde im November 1955 gegründet), schreibt Bert Brecht am 4. Juli 1956 einen offenen Brief an den deutschen Bundestag: „Gegen wen ist der Krieg geplant? Gegen Franzosen? Gegen Engländer? Gegen Russen? Oder gegen Deutsche?… Wollt ihr wirklich den ersten Schritt tun, den ersten Schritt in den Krieg? Den letzten Schritt, den in das Nichts, werden wir alle tun.“ … Am Tag von Brechts Beisetzung verkündet der ehemalige NS-Amtsrichter und nunmehrige Präsident des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts, Wintrich, das Urteil des westdeutschen Revanchismus über die KPD. Kommunistenverfolgung, Enteignung, Berufsverbot, Haft, Ausschaltung der Friedenskräfte – all das geschah im Kampf gegen eine gerechte Gesellschaft, gegen die Wiedervereinigung, gegen die Spaltung Deutschlands und gegen die NATO. Bereits im August 1951 führte das Strafänderungsgesetz den Tatbestand des Hochverrats ein.

… seien die Lehren von Marx, Engels und Lenin „wissenschaftliche Erkenntnisse über die Entwicklung der Gesellschaft. Sie als verfassungsfeindlich zu erklären, bedeutet eine Einschränkung der Freiheit der Wissenschaft und Meinung… Wenn die KPD ihre marxistische Auffassung vertritt, macht sie von diesem Grundrecht Gebrauch. Das Gericht kann nicht eine ganze Weltanschauung unter Strafe stellen, ohne Art. 5 GG zu verletzen“ …

Weiter und ausführlicher darüber zu lesen, empfiehlt Cornelia



Junitage

Icke: Den siebzehnten Juni meinste?

Atze: Nein, aber ein „siebzehnter Juni“ wird hier genauso wenig erneut stattfinden. Im eigenen Land organisiert der Westen keine Revolten. Ich meine den 22. Juni.

Icke: Den Kriegsbeginn gegen Rußland?

Atze: Den Tag des Überfalls auf die Sowjetunion meine ich.

Icke: Und warum nicht?

Atze: Der Krieg gegen die Sowjetunion - der Weg nach Moskau - führte die faschistischen Mörderheere zweimal durch Belorus. Einmal auf dem Hinweg und einmal auf dem Rückzug.

Icke: ...

Atze: Was die Faschisten dort taten, ist in das historische Gedächtnis Rußlands und Belorus eingeprägt.

Icke: Krieg ist immer Scheiße.

Atze: Ein Vernichtungskrieg ist es umso mehr.

Icke: Wie in Palästina... und im Libanon?!

Atze: Das kannst du nicht vergleichen.

Icke: Wieso?

Atze: Der Mord an den Palästinensern dauert ja schon Jahrzehnte.

Icke: Das ist doch kein Maßstab.

Atze: Die Faschisten haben innerhalb von vier Jahren in Belorus ein Drittel der Bevölkerung umgebracht.

Icke: Und in Palästina?

Atze: Dort wurden seit 2023 nur 4% der Bevölkerung umgebracht[1].

Icke: Nur?! Bist du irre?

Atze: Wieso ich? Die Max-Planck-Gesellschaft geht sogar von mehr als 100.000 Toten[2] aus.

Icke: Mir bleibt die Spucke weg.

Atze: Uns wird noch mehr wegbleiben.

Icke: Warum?

Atze: Im Gegensatz zu Palästina, hat Belorus einen Verbündeten, mit dem es einen Unionsstaat bildet.

Icke: Fein. Und?!

Atze: Rußland und Belorus werden ein Schinden ihrer Länder durch den Westen nicht noch einmal zulassen.

Icke: Wie?

Atze: Mittels ihrer Atomwaffen sowieso und mittels der Oreschenschnik, einer mobilen Mittelstreckenrakete.

Icke: Ist diese Mittelstreckenrakete was besonders Erwähnenswertes?

Atze: Allerdings.

Icke: Wieso?

Atze: Wenn die hiesige Junta so weitermacht, werden wir das bald rausfinden.

1) *https://www.dw.com/de/wie-hoch-sind-die-opferzahlen-im-gazastreifen-wirklich/a-73115737*

2) *https://www.mpg.de/25776334/gaza-studie-zeigt-beispiellose-verluste-an-menschenleben-und-lebenserwartung*

Rotes Jugendcamp 2026

Drei Tage Gemeinschaft, Diskussion und Sommer am See

Drei Tage raus aus dem Alltag, rein in spannende Diskussionen, neue Freundschaften und gemeinsame Aktionen: Vom 28. bis 30. August 2026 findet im Umland von Berlin das Rote Jugendcamp 2026 statt. Organisiert von der KPD Jugend richtet sich das Camp an alle jungen Menschen, die Lust haben, sich auszutauschen, kritisch zu diskutieren und gemeinsam aktiv zu werden. Egal ob politisch organisiert oder einfach neugierig: Willkommen ist jede und jeder, der Fragen stellt, mitdenken und andere junge Menschen kennenlernen möchte.

Diskussionen, Workshops — und Sommer am See:

Inhaltlich steht das Camp ganz im Zeichen der aktuellen gesellschaftlichen Debatten um Militarisierung, Wehrdienst und die zunehmende Propaganda der sogenannten „Kriegstüchtigkeit“. In Workshops, Vorträgen und offenen Gesprächsrunden soll gemeinsam darüber diskutiert werden, wie Widerstand gegen Kriegspolitik aussehen kann — und welche Perspektiven es für Frieden, soziale Gerechtigkeit und eine solidarische Zukunft gibt.

Dabei geht es nicht um trockene Theorie oder Vorträge von oben herab. Das Camp lebt vom Austausch auf Augenhöhe: Niemand muß bereits alles wissen, um mitreden zu können. Fragen stellen, diskutieren und gemeinsam lernen stehen im Mittelpunkt. Und natürlich gehört zu einem Sommerwochenende auch Freizeit dazu: Das Gelände liegt direkt an einem See — wer möchte, kann also zwischendurch baden gehen, entspannen oder einfach gemeinsam den Sommer genießen.

Ein Ort mit Geschichte:

Besonders ist auch der Ort selbst: Das Gelände, auf dem das Jugendcamp stattfindet, wurde bereits vor knapp 100 Jahren von der Kommunistischen Partei Deutschlands genutzt und spielte auch nach dem Krieg weiterhin eine Rolle für die kommunistische Bewegung. Damit verbindet das Camp aktuelle Diskussionen mit einem historischen Ort der Arbeiterbewegung.

Mehr als nur Politik:

Zum Camp gehören ebenso gemeinsames Kochen, Grillabende, Spiele, Musik und lange Gespräche bis in die Nacht. Gerade das gemeinsame Leben und der Austausch machen für viele den besonderen Charakter solcher Wochenenden aus.

Geschlafen wird in einer Gemeinschaftsunterkunft. Mitgebracht werden sollten Schlafsack, Isomatte und alles, was man für ein entspanntes Wochenende braucht. Wer zelten möchte, kann dies ebenfalls tun: Auf dem Gelände ist dafür genug Platz. Auch für Verpflegung ist gesorgt: Frühstück gibt es am Samstag und Sonntag, dazu gemeinsames Grillen am Abend — vegetarische Optionen inklusive — sowie ein warmes Mittagessen am Samstag.

Noch freie Plätze:

Der Unkostenbeitrag für Unterkunft und Verpflegung liegt bei etwa 30 Euro pro Person für das gesamte Wochenende. Wer also Lust auf ein Wochenende voller Diskussionen, Gemeinschaft, politischem Austausch und Sommer am See hat, sollte sich jetzt anmelden.

Anmeldung per Mail an:

jugendcamp@k-p-d.org

Weitere Infos folgen dann.

„Weil Veränderung nicht allein entsteht — sondern dort, wo Menschen zusammenkommen, diskutieren und gemeinsam handeln.“

Redaktion

Die Deutsche Demokratische Republik im Spiegel ihrer Kombinate:

VEB Werkzeugmaschinenkombinat „7. Oktober“ Berlin

Um die Produktion hochwertiger Güter materiell zu stimulieren, wurde in den späten 1980er Jahren bei der Preisbildung ein sogenannter ökonomischer Hebel eingesetzt: Bei der Preisbildung wurden die Selbstkosten der Produktion errechnet, die Abgaben für verschiedene Fonds aufgeschlagen und linear ein Gewinn zugeordnet. Dann gab es allerdings einen Extragewinn zu verbuchen, nämlich wenn neuentwickelte Erzeugnisse den Welthöchststand bestimmten oder mitbestimmten und folglich das Gütezeichen Q erhielten. Davon profitierte vorrangig der (Schwer-, Verarbeitungs- und Werkzeug-) Maschinenbau, denn dort war die Mitwirkung der DDR-Industrie in der Weltspitze besonders ausgeprägt. Nach Japan und der BRD war die DDR der drittgrößte Exporteur von Werkzeugmaschinen in der Welt.



Eines der vier Kombinate, die ihre Produkte unter dem Markenzeichen WMW (Werkzeugmaschinen und Werkzeuge) vertrieben und folglich im Ausland vom Außenhandelsbetrieb Werkzeugmaschinen Export – Import (Generaldirektor (GD, 1986) Jost Prescher) vertreten wurden, war das Werkzeugmaschinenkombinat 7.Oktober Berlin. Es umfaßte zuletzt 17 Volkseigene Betriebe, in denen über 22000 Werktätige arbeiteten, und unterstand dem Ministerium für Werkzeug- und Verarbeitungsmaschinenbau. 80% der Gesamtproduktion wurden exportiert. Zum Erzeugnisprogramm gehörten Werkzeugmaschinen und Fertigungslinien für die Herstellung und Bearbeitung rotationssymmetrischer Werkstücke, also für das Drehen, Schleifen und Verzahnen, Anlagen der flexiblen Automatisierungstechnik (Fertigungszellen, Bearbeitungszentren, automatische flexible Fertigungssysteme), Industrieroboter zur Beschickung von Werkzeugmaschinen und Transportroboter, desweiteren Gießereierzeugnisse, Schleifkörper, Stellmotoren und Stellantriebe, elektronische Schaltausrüstungen und Softwarelösungen als Komplettierungsleistungen für Fertigungssysteme.



Die Entstehung des Kombinates 7.Oktober geht auf die Zerlegung der VVB WMW Union 1969 zurück, aus der daneben Umformtechnik Erfurt, das Werkzeugkombinat Schmalkalden und „Fritz Heckert“ Karl-Marx-Stadt (für Fräs- und Bohrmaschinen) hervorgingen.

Der neue Stammbetrieb wurde aus den beiden Berliner VEB Großdrehmaschinenbau „7.Oktober“ und Deutsche Niles-Werke zusammengesetzt und umfaßte auch die Bereiche Anlagenexport, Außenstelle Karl-Marx-Stadt, Bauprojektierung Karl-Marx-Stadt, Feinblech Berlin und Technologische Projektierung Leipzig. Angeschlossen waren als Kombinatsbetriebe (KB) unter anderem jene Werke, die ihre Produkte unter dem Warenzeichen NILES vertrieben, als da wären der VEB Großdrehmaschinenbau „8.Mai“ Karl-Marx-Stadt, der VEB NILES Stellantriebe Dresden, der VEB NILES Elektronik Eisenach, der VEB NILES Consult Industrievertretungen und der VEB NILES Preßluftwerkzeuge, der 1974 vom Werkzeugkombinat Schmalkalden übernommen wurde.

Die anderen KB waren die VEB Gießerei „Rudolf Harlaß“ Karl-Marx-Stadt, Drehmaschinenwerk Leipzig, Mikrosa Leipzig, Ingenieurbetrieb Berlin, RASOMA Döbeln, Zahnschneidemaschinenfabrik MODUL Karl-Marx-Stadt, Schleifmaschinenfabrik Karl-Marx-Stadt, Schleifkörper-Union Dresden, Werkzeugmaschinenfabrik Berlin-Marzahn mit dem Direktorat Konsumgüterproduktion, Werkzeugmaschinenfabrik „Hermann Matern“ Magdeburg und Schaltelektronik Bad Wilsnack. Letzterer VEB war noch bis 1987 im bezirksgeleiteten Kombinat Fertigelemente Boizenburg.

Bekannte Generaldirektoren prägten das Kombinat 7.Oktober: bis 1975 der legendäre Wolfgang Biermann, ab 1976 Mitglied des ZK der SED, der 1975 als GD zum VEB Carl Zeiss Jena wechselte, und von April 1984 an Heinz Warzecha, vormals stellvertretender Minister und Sektorenleiter in der Abteilung Maschinenbau und Metallurgie des ZK der SED, ab 1987 Vizepräsident der Kammer der Technik.

Der Umsatz (= die IWP) des Kombinates belief sich 1989 auf 2,8 Milliarden Mark. Im Zeitraum 1986 bis 1988 wuchs die Industrielle Warenproduktion um 7,5% pro Jahr. Schneller wuchsen mit je 10,8% jährlich Nettoproduktion und Arbeitsproduktivität (Intensivierungsmerkmal!) sowie mit 16,2% der Absatz von Fertigerzeugnissen für die Bevölkerung. Besonders bedeutsam war, daß die Arbeitsproduktivität schneller wuchs als die Grundfondsausstattung. Das deutet auf eine effektive Investitionslenkung hin. Die Arbeitsproduktivität wuchs auch schneller als die Ausgaben für Wissenschaft und Technik, sagte Günter Mittag, SED-ZK-Sekretär für Wirtschaft, auf der Leipziger Beratung der Kombinatsdirektoren (8.-10.3.) 1989. Das ist eher ambivalent, denn so etwas kann man auch erreichen, wenn man nichts mehr in die Forschung und Entwicklung investiert. Mittag: „Die Produktion erfolgte vertrags- und sortimentsgerecht. Alle 16 Positionen der Staatsplannomenklatur wurden 1988 erfüllt und überboten.“ Der Erneuerungsgrad der Produktion im Kombinat betrug 1988 33,5%. 90% davon trugen das Gütezeichen Q. Bei den neuentwickelten Erzeugnissen waren, bezogen auf 100 M Warenproduktion, die Gesamtselbstkosten 3,80 M entsprechend 4,2% niedriger als die spezifischen Kosten der gesamten Warenproduktion. Der Plan für die Produktion mit der Qualität Q wurde 1988 mit 104,3% realisiert. Mehr als zwei Drittel der IWP trugen in jenem Jahr dieses Gütezeichen. Man bedenke, daß genau dafür die in der Einleitung genannten Extragewinne fällig wurden, die wiederum in die Berechnung der Arbeitsproduktivität eingingen. Doch wurde der Gewinn nicht nur auf diesem administrativem Wege gesteigert. Vielmehr trug die Senkung der Materialkosten je 100 M Warenproduktion um 3,9% dazu bei, 24 Millionen Mark Nettogewinn über den Plan hinaus zu erwirtschaften. Durch Automatisierung (CAD/CAM war das damalige Schlagwort für rechnergestützte Projektierung und Konstruktion; Robotertechnik) konnten 900 Arbeitskräfte eingespart und anderweitig eingesetzt werden. Pro neu eingesetztem Industrieroboter wurden 1988 im Durchschnitt 2,7 Arbeitskräfte frei. Von 1987 auf 1988 wuchs die Eigenproduktion von Rationalisierungsmitteln im Kombinat 7.Oktober um 16,5%. Dadurch wurden 1988 fast 14% der gesamten Ausrüstungsinvestitionen durch Eigenproduktion gedeckt. Das geplante Volumen der Rationalisierungsinvestitionen wurde um 30,7% überboten.

Diese Daten zeigen, daß die Orientierung auf die Intensivierung der Produktion in der DDR durchaus fruchtbringend war. Leider gelang es uns nicht, in die Sowjetunion in diesem Sinne beispielgebend hineinzuwirken. Als Walter Ulbricht dies ab 1964 versuchte, brachte er die Führung der KPdSU gegen sich auf. Schade!

VKWF

+++ HINTERGRUND +++

KPU - Kurze Chronik

1918 (Gründung):

Am 18. April 1918 gründen ukrainische Bolschewiki in Taganrog die Kommunistische Partei der Ukraine, KP(B)U. Sie führt die Arbeiterklasse im russischen Bürgerkrieg zum Sieg gegen weiße Gardisten und bürgerlich-nationalistische Kräfte.

1922–1991 (Staatspartei):

Als zentrale Kraft der Ukrainischen SSR organisiert die KPU die Industrialisierung, den Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg und den Aufbau des sozialistischen Systems. 1991 wird sie im Zuge des Endes der Sowjetunion verboten.

1993 (Neugründung):

Nach dem Ende der Sowjetunion formiert sich die Kommunistische Partei der Ukraine (KPU) neu und knüpft an die revolutionären Traditionen an.

1998–2002 (Parlamentarische Stärke):

Bei den Parlamentswahlen 1998 wird die KPU mit 24,7 % der Stimmen stärkste Kraft. Bis weit in die 2000er-Jahre hinein bleibt sie eine entscheidende politische Kraft im Land.

Hochburgen (Krim & Ostukraine):

Ihre stabilste Basis hat die Partei im industrialisierten Osten des Landes und auf der Krim. Dort verankert sie den Widerstand gegen Privatisierungen und gegen die Annäherung an die NATO.

Ab 2014 (Antikommunistischer Terror):

Nach dem Maidan-Putsch leitet das Kiewer Regime eine rücksichtslose Verfolgungswelle ein. Kommunistische Symbole werden verboten, Denkmäler (unter anderem von Lenin) systematisch zerstört und Parteibüros angegriffen.

2015 (Wahlverbot):

Durch reaktionäre Gesetze wird der KPU die Teilnahme an Wahlen untersagt. Die Partei läßt sich jedoch nicht illegalisieren und kämpft jahrelang vor Gerichten gegen das Verbot weiter.

2022 (Endgültiges Verbot):

Unter dem Deckmantel des Kriegsrechts wird die KPU im Mai 2022 endgültig verboten und ihr gesamtes Vermögen vom ukrainischen Staat beschlagnahmt.

Heute (Politischer Untergrund):

Trotz des totalen Verbots und massiver Repressionen gegen Genossinnen und Genossen existieren die Strukturen im Untergrund weiter, um den Kampf für den Sozialismus unter illegalen Bedingungen fortzusetzen. Die KPU ist Teil der Union der Kommunistischen Parteien – Kommunistische Partei der Sowjetunion (Dachverband in den postsowjetischen Staaten)

Zur SKU

Neben der KPU entstand Anfang der 1990er Jahre auch die Union der Kommunisten der Ukraine (SKU). Sie ist eine antirevisionistische marxistisch-leninistische Partei. Im Zuge der antikommunistischen Dekommunisierungspolitik wurde auch sie verboten. Heute arbeitet die Organisation unter illegalen Bedingungen weiter.

Кто кого? - Zum Kampf gegen Imperialismus und Faschismus

Drittes Internationales Anti-Terror-Forum (Moskau, 23.–27. Mai 2026)

Vorbemerkung der Redaktion: Auf dem Dritten Internationalen Antifaschistischen Forum, das vom 23. bis 27. Mai 2026 in Moskau stattfand, sprach für die Union der Kommunisten der Ukraine (SKU) der Genosse S. A. Konowalow. Wie die KPU ist auch die SKU verboten worden. Und wie die KPU setzt auch die SKU ihre politische Arbeit unter den Bedingungen der Illegalität und staatlicher Verfolgung in der Ukraine fort. Wir dokumentieren seinen Redebeitrag nachfolgend weitgehend unverändert. Er vermittelt die Sichtweise ukrainischer Kommunisten, die unter den Bedingungen des Krieges und der Unterdrückung ihre Arbeit fortsetzen und den Kampf gegen Faschismus, Imperialismus und Antikommunismus als untrennbar miteinander verbunden betrachten.

Guten Tag, Genossen!

Ich vertrete die Union der Kommunisten der Ukraine, die ihre Arbeit auf dem Territorium der Ukraine im Untergrund fortsetzt. Ich selbst lebe in der LNR und habe die Möglichkeit, unsere Organisation sicher zu vertreten. Die Genossen haben mich beauftragt, den Organisatoren des Forums unseren tiefen Dank für die Einladung auszusprechen – es ist uns wichtig, eure Unterstützung und Teilnahme zu spüren.

In diesem Jahr jährt sich zum 110. Mal die Veröffentlichung des berühmten Aufsatzes „Der Imperialismus als höchste Stufe des Kapitalismus“ – so lautete ursprünglich der Titel der Broschüre, die Lenin 1916 verfaßte. Für uns sind die Definition des Imperialismus als monopolistisches Entwicklungsstadium des Kapitalismus und die fünf Merkmale, die Wladimir Iljitsch dargelegt hat, von grundlegender Bedeutung. Doch seitdem sind hundert Jahre vergangen, neue Technologien sind entstanden, infolge des Zweiten Weltkriegs bildete sich der sozialistische Block, und es hat sich ein Kern der am weitesten entwickelten imperialistischen Länder herauskristallisiert, die den Rest der Welt ausbeuten. Hat sich der Imperialismus seit der Zeit, als Lenin ihn beschrieb, verändert? Kann man Lenins Verständnis des Imperialismus dogmatisch für die Analyse aktueller Ereignisse heranziehen? Lenin selbst war gegen einen solchen Ansatz – *„... denn der Marxismus ist kein totes Dogma, keine vollendete, fertige, unveränderliche Lehre, sondern ein lebendiger Leitfaden zum Handeln...“*.

Der Beginn der Sondermilitäraktion Rußlands am 24.02.2022 hat anschaulich gezeigt, daß Kommunisten, die Lenins Kategorien dogmatisch auf die heutige Praxis anwenden, nicht in der Lage sind, zur objektiven Wahrheit zu gelangen. Die Marxisten in Rußland und weltweit haben sich in zwei große Lager gespalten, wobei alle dieselben Quellen, Bücher und Zitate heranziehen, jedoch zu diametral entgegengesetzten Schlußfolgerungen hinsichtlich der Rolle Rußlands, Europas und der USA in diesem Konflikt gelangen.

So haben eine Reihe von Parteien, die sich als kommunistisch und arbeiterorientiert positionieren, eine antirussische Rhetorik übernommen und die Russische Föderation wegen „Aggression“ verurteilt oder sie mit den übrigen aggressiven imperialistischen Ländern gleichgesetzt. Diese Parteien manipulieren Begriffe und Fakten, um ihre opportunistischen Überlegungen zu rechtfertigen. In der Folge kam es zu Spaltungen (teilweise spaltete sich der gesunde Teil dieser Parteien ab, teilweise traten die Opportunisten aus und gründeten eigene Organisationen), was zu einer Zersplitterung der fortschrittlichen Kräfte in der Welt und zu einer Schwächung der weltweiten antiimperialistischen und kommunistischen Bewegung führte.

Das gleiche Schicksal ereilte auch unsere Organisation: Anfang 2022 reiste ein Teil der Führung der SKU in die EU aus und erklärte, daß es in der Ukraine keinen Faschismus gebe... (warum mußten sie dann aus der Ukraine fliehen?). Die ehemaligen Genossen vertraten die Position, dass der Krieg für alle Seiten imperialistisch sei, sind aber selbst in NATO-Länder abgereist und kämpfen von dort aus erfolgreich und sicher gegen die „unberechtigte Invasion Rußlands in der Ukraine“. Sie haben vergessen, wie sie selbst seit 2014 (als der Bürgerkrieg in der Ukraine faktisch begann) gegen die faschistischen Strafexpeditionen Kiews gegen den Donbass protestierten, die bis 2022 15.000 Menschen das Leben gekostet haben. Sie erinnern sich nicht an die Dutzenden Menschen, die in Odessa bei lebendigem Leib verbrannt wurden, noch an die Tänze auf den zerstörten Denkmälern für Lenin und die sowjetischen Soldaten. Praktisch gesehen ist dies ein Verrat an der Linie der Gründerin unserer Partei – der Genossin Tamila Jabrowa – und ein Verrat an der Sache der Arbeiterklasse.

Wir hingegen sind der Ansicht, dass die Bourgeoisie der Russischen Föderation zwar in erster Linie die Gewährleistung ihrer eigenen Sicherheit zum Ziel hat, dabei aber gleichzeitig auch die Sicherheit der Völker des Donbass, einschließlich derjenigen Rußlands und der Ukraine, gewährleistet, da das faschistische Regime in der Ukraine offensichtlich vorhat, bis zum letzten Ukrainer zu kämpfen. Die Handlungen Rußlands haben einen antifaschistischen und nationalbefreienden Charakter. Eine militärische Niederlage der Russischen Föderation und eine Wiederholung des Schicksals von Jugoslawien, Irak, Libyen und Syrien liegen nicht im Interesse der Arbeiterklasse Rußlands, der Ukraine und der ganzen Welt.

Bei uns in der Ukraine wurde der Faschismus – und zwar in seiner abscheulichsten Form, dem übertriebenen Nationalismus, dem Nazismus – vom westlichen Kapital eingeführt, das die rückständigsten und reaktionärsten Schichten der lokalen Bevölkerung instrumentalisiert, das nazistische Regime finanziert und Berater zur Verfügung stellt. Die NATO hat faktisch ein Übungsgelände eingerichtet – indem sie vielfältige Waffen und Drohnen, Kommunikationsmittel sowie Aufklärungsdaten bereitstellt. Die Ukraine wurde mit Hilfe eines faschistischen Stellvertreterregimes zu einer Waffe gegen die Russische Föderation gemacht. Angriffe auf zivile Ziele dienen dazu, die Bevölkerung einzuschüchtern und Unzufriedenheit zu schüren. Tatsächlich wird durch die Hand ukrainischer Nazis ein regelrechter Terrorkrieg gegen die Zivilbevölkerung Rußlands geführt. Russen kämpfen gegen Russen, slawische Brüder vernichten sich gegenseitig, während die Imperialisten sich die Hände reiben und Geld sowie Munition bereitstellen, damit möglichst viele Menschen unseres ehemals vereinten großen Landes ums Leben kommen – sie wollen unsere reichen Gebiete (die faktisch bereits verkauft sind) mit ihren Bodenschätzen (die durch eine einfache Abstimmung der Abgeordneten des Obersten Rates der Ukraine an Trump abgetreten wurden), und unser ukrainisches – ja, und gleich mit dem russischen – Volk muß vernichtet werden, um auf diesen Gebieten rechtlose Migranten anzusiedeln.

Aktive westliche Amtsträger schweigen natürlich, während ehemalige Amtsträger offen erklären, daß das Kapital der Vereinigten Staaten die Ukraine zusammen mit ihrer Bevölkerung gekauft habe, um Rußland zu schwächen, zu zerschlagen und seine Ressourcen zu erbeuten.

Es muß gesagt werden, daß das faschistische Regime nicht nur gegen Rußland, sondern auch gegen die eigenen Bürger einen Terror entfesselt hat. In der Ukraine werden Prügel, willkürliche Verhaftungen und Morde an allen Andersdenkenden und Dissidenten praktiziert, alle oppositionellen politischen Organisationen sind verboten, und es findet eine gewaltsame Rekrutierung statt – man „überzeugt“ mit Fäusten, Stiefeln, Schlagstöcken, manchmal sogar bis hin zum Tod –, und all dies unter Verletzung der geltenden Gesetze und der Verfassung der Ukraine. Dies entspricht genau der Definition des Genossen Dimitrov aus dem Jahr 1935: *„Faschismus ist die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten und imperialistischsten Elemente des Finanzkapitals...“*.

Für uns, die wir in der Ukraine geblieben sind, ist der Kampf gegen den Imperialismus gleichbedeutend mit dem Kampf gegen den Faschismus und den Nationalsozialismus; wir sehen dieses Ungeheuer mit eigenen Augen, spüren es an unserem Schicksal, in unserem Leben und in unserem Tod. Um den Faschismus zu stoppen, müssen sich die antiimperialistischen Kräfte so weit wie möglich zu einer breiten antifaschistischen Front zusammenschließen, und die Kommunisten müssen das Rückgrat der antiimperialistischen Bewegung bilden. Eine Versöhnung mit den Faschisten und Nazis ist unserer Meinung nach unmöglich, und man sollte es gar nicht erst versuchen.

Wie die Kommunisten in den Jahren des Großen Vaterländischen Krieges düster scherzten: *„Wir haben mit den Faschisten eine kleine Meinungsverschiedenheit in der Agrarfrage – **wer wen in der Erde vergräbt**“*.

Ja, Friedrich, sie sind da, aber sie sind noch nicht vorüber.

DIE IDEN DES MERZ

... aus der Portokasse finanziertet ihr eure letzte Volkskammerwahl, lohntet sie mit einem 100-DM-Schein ab – Treuhand, Buschprämie, Abbau und Enteignung des Volksvermögens im Osten waren euer Lohn für den Verrat, dessen Pläne ihr längst griffbereit für den Tag X hattet. Mit Irrlichtern am Ende des Tunnels habt ihr uns zu billigen Binnenflüchtlingen gemacht, uns verscherbelt oder plattgemacht, was euch im Wege stand – aus Rache dafür, daß ihr es 40 Jahre lang nicht konntet. Mit dem 2+4-Vertragsbruch habt ihr das Beitragsgeschenk und unseren Völkerfrieden mit Füßen getreten.

... und nun steht da der oberste Machtvertreter der herrschenden Klasse wie ein Marktschreier vor Unternehmensmanagern und Politikern, malt ihnen den Osten als Goldgrube aus, den Wanderarbeitern als möglichen Fressplatz und den Umbruchserfahrenen, Hiergebliebenen den Transformationsprozeß schön?

... Kennt der Verkünder den Unterschied zwischen Sein und Nichtsein? Schwadroniert er und seine Mannen nicht seit einer Ewigkeit – und aktuell ganz ängstlich –, daß Moskau uns 2029 annektieren will? Und da will er gerafftes Kapital noch in potenzielle Angriffsziele versenken, wo doch Spaten für Schützengräben an die Heimatfront zu verteilen angebracht wären? Sind Unternehmer wirklich so auf die schnelle Mark angewiesen, oder gibt's für 'nen Äppel noch ein staatliches goldenes Ei dazu?

„Mach auf die Tür, das Tor mach weit!“ – echte Haie – „Immer bereit!“

Die Büchse der Pandora ist geöffnet, das dumme, gehaltene Volk am Boden? Wenn ihr da mal nicht die Rechnung ohne den Wirt macht ... denn wir haben es erfahren, und euer System hat uns bitter gelehrt, daß es nicht das unsere ist und einfach nur weg gehört.

Unser Programm ist der einzige Weg, daß die Sonne weiter im Osten aufgeht!

C.Noack

+++ AUS LESERBRIEFEN +++ AUS LESERBRIEFEN +++

Für namentlich gekennzeichnete Leserbriefe tragen die Autoren die Verantwortung. Deren Meinung muß nicht mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Kritik - Was will mir Die Rote Fahne mit diesem Leitartikel "Gedanken während des 1. Mai" aus 6/26 sagen?

Ehrlich gesagt, mir hat es fast die Schuhe ausgezogen... ich war sprachlos beim Lesen des Leitartikels in der Juni-Ausgabe 2026! Dieser "Leid-Artikel" spiegelt doch so die Hilflosigkeit, die Mutlosigkeit, ja die Agonie der Kommunisten innerhalb der KPD (und insgesamt) wider und das zu einer Zeit, wo es den Mut, die Opferbereitschaft und lebenden Geist der Kommunisten am meisten bedarf, d.h. in der heutigen Zeit, wo die bürgerliche Verblödung der Massen während der letzten 35 Jahre ihr Ziel fast erreicht hat und die objektive Gefahr besteht, daß diese verblendete Masse wieder für das Kapital in den Krieg zieht.

Das konsequente Ausblenden und offensichtliche Nichtverstehen der Lehren der kommunistischen Klassiker aber auch des Statuts der KPD kann nicht der Inhalt der Arbeit von Kommunisten sein - egal wie jung oder alt sie sind - ein Kommunist hat zu seiner Überzeugung zu stehen und sollte sich niemals wegducken. Warum hat Genosse W.S. nicht die jungen Kämpfer (200-300 in Halle) angesprochen und sie der KPD nähergebracht? Ein "Aufsiezugehen" wäre richtig gewesen. Das hat er sich aber nicht getraut, unterstützt aber einen Schulstreik an sich... Wir Kommunisten haben auch den Auftrag zur Erziehung der Jugend zu kommunistischen Idealen und da gehört es dazu, sinnvolle Wege des Widerstands aufzuzeigen, aber nicht Bildung zu verweigern. Ist das der richtige Weg, die Jugend für unsere Sache zu gewinnen, in dem sie von der Schule abgehalten wird. Hat ein genereller Schulstreik überhaupt Berechtigung; kann die Jugend nicht in ihrer Freizeit sich engagieren? Wäre es nicht sinnvoller, das ohnehin und von der Bourgeoisie gewollte, niedrige Bildungsangebot voll zu nutzen und dennoch den Mißbrauch von Schule und Erziehung durch das Kapital entgegenzuwirken. Eben aber nicht mit "Schulstreik"! Gezielte Demonstrationen, Plakate, etc. gegen Kriegsverherrlichung in Schulen, generell gegen bürgerliche Propaganda in Schulen etc.; außerhalb des normalen Schulunterrichts, organisiert von den Schülern und der Jugend - das wäre der Weg! Aber doch nicht Schule generell zu bestreiken, auch wenn es unter sogenannten linken Kräften nach meiner Meinung fälschlicherweise opportun wird, so einen Schwachsinn zu unterstützen. Wie tief kann man denn noch sinken, Bildung zu bestreiken?

Ich war und bin Kommunist, war in der SED organisiert; enttäuscht von der SED 89/90 habe ich mich nach der Konterrevolution der Wissenschaft verschrieben, bis auch diese vollständig vom Kapital mißbraucht wurde und versuche nun außerparteilich Kommunisten zu vereinen, aufzurütteln und eine gemeinsame Kraft zu entwickeln, um eine geschlossene, kommunistische Partei in Deutschland wieder erstarken zu lassen!

Im Gegensatz zu W.S. versuche ich aufzuklären (siehe u.a. meinen Beitrag zur RLK, Covid-19 in DRF 3-4/26, etc.), sammle auch u.a. Unterstützerunterschriften für die KPD in Sachsen-Anhalt, wie erst letzten Sonnabend in Magdeburg bei der Wahlkampferöffnung des BSW.

Dabei war mir eine kleine Gruppe junger Kämpfer mit einem Transparent "Nieder dem Imperialismus" am Rande aufgefallen, die mehr als das BSW die wirklichen gesellschaftlichen Hintergründe für die heutige Situation in der Welt begreift. Andererseits sind auch diese jungen Leute nicht von der bürgerlichen Propaganda unbeeinflußt, sonst hätten sie - das unterstelle ich - nicht während des (Corona-)-Faschismus sich durch die wirklichen globalen Faschisten der bürgerlichen Regierungen mißbrauchen lassen, sondern hätten die perfide Masche durchschaut und wären mit den wenigen Aufgeweckten gegen das Kapital aufgestanden. So wurde eine Chance vertan. Aber man muß nach vorn denken.

Also bin ich zu den jungen Genossen gegangen (ich bin biologisch auch nicht mehr ganz taufrisch...) und habe sie gebeten, die KPD zu unterstützen. Wir hatten eine nette Unterhaltung, die sicher auch zur weiteren Unterstützung der KPD führt (einige hatten die Formulare bereits ausgefüllt). Genau das hätte auch W.S. tun sollen, d.h. auf die jungen Kommunisten in Halle zugehen, die Chance nutzen! Anstatt dessen, wird sein Frust nur in der kleinen Blase der Leser des DRF verbreitet.

Mit kommunistischem Gruß

JUF

redaktionell gekürzt.

Der komplette Leserbrief wird auf unserer Homepage unter Aktuell / Leserbeiträge veröffentlicht.

Schachrätsel



Matt in zwei Zügen.

Schach Auflösung aus 06/2026:

1. La5! Kd4/Kd6/Kf4/Kf6
2. Sf3/e5/Lc7/Lc3 matt

Lösungswort des Kreuzworträtsels aus 06/2026:

Antiimperialismus

KALENDARIUM - JULI

Gedenk- und Feiertage

01. Juli: Tag der Deutschen Volkspolizei in der DDR

1. Sonntag im Juli: Tag des Bergmanns und des Energiearbeiters in der DDR

18. Juli: Tag der Interbrigadisten im Spanischen Bürgerkrieg (1936 bis 1939).

Historische Ereignisse

Juli 1885: In Hamburg erscheint der von Friedrich Engels redigierte zweite Band des „Kapital“ von Karl Marx.

Juli 1918: Es tritt die 1. Verfassung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepubliken (RSFSR) in Kraft.

Juli und Nov./Dez. 1847: Auf zwei Kongressen erfolgt die Umbenennung des „Bundes der Gerechten“, die zur Gründung des „Bundes der Kommunisten“ führte.

01.07.1936: Die Sowjetunion beantragt im Völkerbund sofortige Maßnahmen zur kollektiven Sicherheit. Der Antrag wird am 30. August und am 28. September 1936 jeweils erneut eingebracht!

01.07.1968: Das Strafgesetzbuch der DDR tritt in Kraft.

02.07.1920: Clara Zetkin hält ihre erste Rede – und die erste Rede eines Vertreters der KPD überhaupt – vor dem Reichstag der Weimarer Republik.

02.07.1976: Proklamation der Sozialistischen Republik Vietnam.

06.07.1950: Unterzeichnung des Abkommens über die Oder-Neiße-Friedensgrenze zwischen der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) und der Volksrepublik Polen.

08.07.1932: Ernst Thälmann spricht vor Funktionären der SPD zu dem Problem: „Gemeinsam die Aufrichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland zu verhindern.“

10.07.1932: Einheitskongreß der Antifaschistischen Aktion in Berlin.

14.07.1945: Gründung des „Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ aus KPD, SPD, LDPD und CDU. Er war ein direkter Vorläufer der späteren Nationalen Front.

16.07.1952: Eröffnung der Pionierrepublik am Werbellinsee in der DDR.

17.07.-02.08.1945: Konferenz von Potsdam. Die Siegermächte UdSSR, Großbritannien und USA verhandeln über die weitere Zukunft Deutschlands und legen dessen Grenzen neu fest.

18.07.1936: Faschistischer Militärputsch in Spanien mit dem Beginn der deutsch-italienischen Intervention. Es beginnt der Kampf des spanischen Volkes gegen die Faschisten.

25.07.-20.08.1935: VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale.

25.07.1943: Sturz Benito Mussolinis und Liquidierung des faschistischen Regimes in Italien.

28.07.-05.08.1973: X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Berlin

31.07.1919: Annahme der Weimarer Verfassung durch die Nationalversammlung.

Historische Personen

01.07.1941: Heinz Kapelle (Jungkommunist) von den Nazis hingerichtet. Seine letzten Worte waren „Es lebe die Kommunistische Partei!“

02.07.1895: Hans Beimler geboren.

02.07.1949: Georgi Dimitroff gestorben.

05.07.1857: Clara Zetkin geboren.

05.07.1944: Wilhelm Florin gestorben.

08.07.1994: Kim Il Sung gestorben.

09.07.1914: Willi Stoph geboren.

20.07.1897: Hans Jendretzky geboren.

KONTAKTADRESSEN DER KPD

- **Kommunistische Partei Deutschlands**
  Zentralkomitee
  Johannesstraße 156
  99084 Erfurt
  Mobil 0170/1831495
  Telefon 0361/64458760
  E-Mail: post@k-p-d.org
  Büro: Jeden ersten Mittwoch, 19:00 Uhr, bitte vorher unter Mobil (s.o.) anmelden
- **Redaktion „Die Rote Fahne“**
  siehe Impressum (S. 7 rechts unten)
- **KPD-Landesorganisation Berlin/Brandenburg**
  c/o Werner Hänsel
  E-Mail: ll.berlin.brandenburg@k-p-d.org
  http://berlin.brandenburg.k-p-d.org
- Ansprechpartner für Brandenburg:
  c/o Cornelia Noack
  E-Mail: cornelianoack@gmx.net
- **KPD-Landesorganisation Sachsen**
  Email: ll.sachsen@k-p-d.org
- KPD-Regionalorganisation Dresden
  c/o Torsten Reichelt
  E-Mail: ro.dresden@k-p-d.org
  Kontakt Oberlausitz: 03583/69 07 45
- KPD-Regionalorganisation Leipzig/Umland
  c/o Patrick Büttner
  E-Mail: ro.leipzig-umland@k-p-d.org
- **KPD-Landesorganisation Sachsen-Anhalt**
  E-Mail: sachsen-anhalt@k-p-d.org
- Kontakt: Halle/Bernburg
  E-Mail: ro.halle-bernburg@k-p-d.org
- Kontakt: Zeitz
  E-Mail: ro.zeitz@k-p-d.org
- **KPD-Landesorganisation Thüringen**
- KPD-Regionalorganisation Erfurt
- KPD-Regionalorganisation Bad Langensalza und Umland
  c/o Torsten Schöwitz
  Johannesstraße 156
  99084 Erfurt
- **KPD LO Wasserkante**
  • Mecklenburg-Vorpommern
  • Niedersachsen
  • Schleswig-Holstein
  • Hamburg
  c/o Christine Melcher
  Telefon 0151-55600955
  E-Mail: wasserkante@k-p-d.org
- **KPD Hessen**
  E-Mail: hessen@k-p-d.org
- **KPD NRW**
  E-Mail: nrw@k-p-d.org

ZITAT

Klug ist nicht,
wer keine
Fehler macht.
Klug ist der,
der es versteht,
sie zu korrigieren.

Wladimir Iljitsch Lenin



IMPRESSUM: Die Rote Fahne

ISSN 1433-6383
Herausgeber: Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands.
Presse-, Publikations- und Informationsdienst der KPD -PPI- Eigenverlag und Vertrieb „Wilhelm Pieck“.
Redaktion: „Die Rote Fahne“ / „Schriftenreihe der KPD“.
Redaktionsanschrift: Die Rote Fahne, Johannesstraße 156, 99084 Erfurt.
Internet-Homepage: www.drf.k-p-d.org
E-Mail: info.drf@k-p-d.org
Für Artikel: redaktion-drf@k-p-d.org
Abonnement: abo-drf@k-p-d.org
Bankverbindung: Berliner Sparkasse - IBAN: DE23 1005 0000 1813 0614 63 - BIC: BELADEBEXXX.
Chefredakteurin: Iris Harnack, V.i.S.d.P. | Stellvertreter: Karsten Günther
Erstellt mit SCRIBUS - Open Source Desktop Publishing
Druck: Druckerei Böhlau, Ranftsche Gasse 14, 04103 Leipzig
Die „Die Rote Fahne“ ist als Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands ihrem Programm verpflichtet. Für namentlich gekennzeichnete Beiträge tragen die Autoren die Verantwortung. Deren Meinung muß nicht mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen. Unsere Autoren schreiben sämtlich honorarfrei. Die Redaktion arbeitet ehrenamtlich. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.
Redaktionsschluß für „Die Rote Fahne“ August 2026: 10. Juli 2026.

+++ INTERNATIONAL +++ INTERNATIONAL +++

Provokationen gegen Kuba nehmen zu

US-Spionageflüge vor der Küste der sozialistischen Insel

Die Aggressionen des US-Imperialismus gegen Kuba nehmen weiter zu. Während die Regierung von Donald Trump Ende Mai erneut unbelegte Behauptungen verbreitete, Kuba werde von den Gegnern der USA als angeblicher Spionagestandort genutzt, zeigen aktuelle Recherchen ein ganz anderes Bild: Tatsächlich intensivieren die USA selbst ihre militärischen Aufklärungs- und Spionageaktivitäten rund um die sozialistische Insel.

Nach einer Analyse des Nachrichtensenders CNN, die auf öffentlich zugänglichen Flugdaten basiert, führten US-Luftwaffe und US-Marine seit Anfang Februar mindestens 25 Aufklärungsflüge nahe der kubanischen Küste durch. Die Flüge konzentrierten sich vor allem auf die Regionen um Havanna und Santiago de Cuba. Teilweise näherten sich die eingesetzten Flugzeuge und Drohnen bis auf etwa 64 Kilometer der Küste. Zum Einsatz kamen unter anderem P-8A-„Poseidon"-Aufklärungsflugzeuge, RC-135V-„Rivet Joint"-Maschinen zur Signalaufklärung sowie MQ-4C-„Triton"-Drohnen. Dabei handelt es sich um jene militärische Technik, die die USA auch in Konfliktgebieten wie der Ukraine, gegen Iran oder im Umfeld von Venezuela einsetzen. Beobachter weisen darauf hin, daß ähnliche militärische Aufmarsch- und Aufklärungsmuster bereits vor früheren Interventionen und Angriffen der USA zu beobachten waren.

Parallel dazu verschärft Washington seine politische und wirtschaftliche Erpressungspolitik gegen Kuba. Reaktionäre Politiker wie Marco Rubio verbreiten seit Jahren Behauptungen über angebliche chinesische oder russische Spionagebasen auf der Insel – Beweise dafür wurden jedoch nie vorgelegt. Selbst die ehemalige sowjetische Signalaufklärungsanlage in Lourdes wurde bereits 2002 geschlossen. Die angeblichen „geheimen chinesischen Basen" bleiben ebenso unsichtbar wie einst die angeblichen „Massenvernichtungswaffen" im Irak, mit denen imperialistische Kriege gerechtfertigt wurden. Die aktuellen Entwicklungen zeigen erneut den aggressiven Charakter der US-Außenpolitik gegenüber souveränen Staaten, die sich nicht dem Diktat Washingtons unterordnen. Kuba verteidigt trotz jahrzehntelanger Blockade, wirtschaftlicher Sabotage und permanenter Drohungen weiterhin seinen sozialistischen Weg und seine nationale Souveränität.

Internationale Solidarität mit Kuba bleibt deshalb notwendiger denn je. Gegen imperialistische Einmischung, gegen militärische Drohgebärden und gegen die völkerrechtswidrige Blockadepolitik der USA gilt es, die Stimme zu erheben.

Russland zur Blockade gegen Kuba:"Eine zynische Enkarnation der wiederauferstandenen Monroe Doktrin"

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, verurteilte am kürzlich die US-Sanktionen gegen Kuba und bezeichnete die aktuelle Politik Washingtons als *„zynische Enkarnation der wiederauferstandenen Monroe-Doktrin"*.

Während einer Pressekonferenz betonte die hochrangige russische Diplomatin, dass Kuba weiterhin starkem wirtschaftlichem Druck der USA ausgesetzt sei, und verurteilte die Anfang Mai verhängten neuen Beschränkungen für Unternehmen aus Drittstaaten, die auf der Insel tätig sind. Sie erklärte, diese Beschränkungen stellten *„eine weitere Verschärfung von Washingtons Politik des Drucks dar, deren Hauptziel die wirtschaftliche Strangulierung Kubas ist"*.

„Die Versuche der US-Regierung, die Sanktionen gegen Kuba weiter zu verschärfen, zusammen mit der seit Jahren bestehenden Handels-, Wirtschafts-, Finanz-, humanitären und jüngst auch Öl- und Energieblockade, spiegeln direkt Washingtons Intoleranz gegenüber jeglicher abweichenden Meinung wider und sind die zynische Inkarnation der wiederauferstandenen Monroe-Doktrin", bekräftigte Sacharowa.

„Wo bleiben die Menschenrechte? Wo bleibt der Respekt vor den Menschen?", fragte Maria Sacharowa.

In diesem Zusammenhang betonte die Sprecherin des russischen Außenministeriums das Fehlen der grundlegendsten Prinzipien, nämlich dem das *„nicht alles erlaubt ist"* und dass *„Recht und Ordnung existieren, die diesem entfesselten Chaos Einhalt gebieten"*.

„Wir sind überzeugt, dass das heldenhafte kubanische Volk, das schon mehrfach seinen Einsatz für Freiheit, Unabhängigkeit und soziale Gerechtigkeit unter Beweis gestellt und angesichts äußerer Herausforderungen erstaunliche Stärke und Mut gezeigt hat, seine Einheit und Standhaftigkeit bewahren und seine nationalen Interessen weiterhin selbstlos verteidigen wird", betonte Sacharowa.

In diesem Zusammenhang bekräftigte Sacharowa die uneingeschränkte Solidarität Russlands mit Kuba. *„Wir verurteilen aufs Schärfste jeden Versuch einer eklatanten Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates, die Einschüchterung, die Verhängung illegaler einseitiger restriktiver Maßnahmen, Drohungen und Erpressung"*, fügte sie hinzu.

Die hochrangige russische Diplomatin bekräftigte außerdem, dass ihr Land dem kubanischen Brudervolk in dieser äußerst schwierigen Zeit weiterhin die aktivste Unterstützung leisten werde, und gab an, dass Havanna über die Einzelheiten und andere wichtige Aspekte dieser Unterstützung informiert worden sei.

Autor: Russia Today | Granma

Quelle: https://de.granma.cu/mundo/2026-05-22/russland-zur-blockade-gegen-kubaeine-zynische-enkarnation-der-wiederauferstandenen-monroe-doktrin

Die Uhr des Jüngsten Gerichts: Eine Chronik über die Banalisierung der Apokalypse

Ich dachte an meine Enkelkinder, ich dachte an die Kinder von Hiroshima, die in einem Augenblick verkohlt waren, während sie auf den Schulhöfen spielten…

In Havanna bricht der Morgen mit jenem trüben Sonnenschein an, der einen Sturm ankündigt. Ich schalte das batteriebetriebene Radio ein, während ich den Morgenkaffee zubereite – eine Gewohnheit, die ich mir in den Tagen der Stromausfälle angeeignet habe –, und die Nachricht wirkt wie ein böses Omen: Die Weltuntergangs-Uhr wurde auf 85 Sekunden vor Mitternacht gestellt.

Ich bleibe einen Moment lang mit dem Löffel in der Luft stehen, schwebend zwischen Tasse und Zuckerdose. Es sind 85 Sekunden, das heißt nichts, kaum ein Atemzug, die Zeit, die ein Geistlicher braucht, um sich zu bekreuzigen, bevor er die Straße überquert.

Doch dann trinke ich den Kaffee, blättere den Rest der Zeitung durch und gehe meiner Routine nach, das Leben geht weiter, und genau darin, in dieser so menschlichen Geste, das, was uns erschrecken sollte, zur Normalität zu machen, liegt die wahre Gefahr unserer Zeit.

Wir leben umgeben von Bedrohungen, ohne uns darüber aufzuregen, während die Großmächte die Schwelle der atomaren Abschreckung gefährlich herabsetzen.

Während ich diese Zeilen schreibe, bereiten sich die Vereinigten Staaten und Israel darauf vor, iranische Nuklearanlagen anzugreifen, ohne dass die internationale Gemeinschaft eine entschiedene Verurteilung aussprechen kann.

Das Außergewöhnliche daran ist nicht, dass es geschieht, sondern dass wir es mit derselben Gelassenheit aufnehmen, mit der wir den Wetterbericht verfolgen oder die Ergebnisse von Baseball- oder Fußballspielen lesen.

So ist die bürokratische Kälte, diese Sprache der Verwaltungsabläufe der Eliten, die den Planeten regieren, angewandt auf das Ende der Welt, vielleicht das eindeutigste Symptom unserer Zeit.

Die Angstindustrie hingegen hat Hochkonjunktur: Der Bau privater Schutzräume ist seit 2022 um 200 % in die Höhe geschossen, Luxusbunker schießen wie Pilze aus dem Boden, ausgestattet mit Strahlenschutzduschen, Beton- und Stahlwänden sowie Trinkwasserspeichern, um monatelang durchzuhalten.

Die Kosten für diese modernen Arche-Noah-Bauwerke liegen in Europa zwischen 150.000 und 350.000 Euro; Wissenschaftler beeilen sich jedoch, diese Fantasie zu entkräften. Brooke Buddemeier vom Lawrence Livermore National Laboratory erinnert daran, dass man nach einer nuklearen Explosion kaum 15 Minuten Zeit hat, um Schutz vor dem radioaktiven Niederschlag zu suchen.

Die Realität ist, dass unterirdische Bunker die Menschen nicht schützen werden. Wir müssen in die Verhinderung der „nuklearen Proliferation" investieren; dennoch glauben die Menschen lieber an die individuelle Rettung als an die kollektive Verantwortung. Wir sind zu einer Gesellschaft von Idioten geworden, die Konservendosen horten, während die Arsenale wachsen und die Verträge auslaufen.

DIE LÜGE DES ÜBERLEBENDEN

Es gibt eine Szene, die diese ideologische Verblendung besser auf den Punkt bringt als jeder akademische Aufsatz: In der Netflix-Serie „The Bunker" verschanzt sich eine Gruppe von Multimillionären in einem luxuriösen Bunker, um den nuklearen Holocaust zu überleben. Die Prämisse ist verlockend, filmisch makellos: Geld kauft Unsterblichkeit – zumindest für ein paar Episoden.

Doch die Realität ist weit weniger fotogen. Experten sind sich einig, dass selbst wenn es jemandem gelänge, sich rechtzeitig in Sicherheit zu bringen, der sogenannte „nukleare Winter" die weltweite Landwirtschaft zum Erliegen bringen und die Überlebenden zu Hunger, Epidemien und extremer Gewalt verdammen würde.

Die westliche Presse hat unterdessen die gefährliche Vorstellung verbreitet, dass ein Atomkrieg nur eine weitere Form des Konflikts sei, eine weitere Stufe in der Eskalation des Krieges, so wie man von der Machete zum Gewehr und vom Gewehr zur Rakete übergeht.

Diese „Normalisierung" der Apokalypse ist vielleicht der perfideste Triumph der Rüstungsindustrie: zu erreichen, dass uns die totale Zerstörung schlichtweg unvermeidlich erscheint.

Vor einigen Jahren brachte der japanische Filmemacher Ryusuke Hamaguchi einen Film heraus, der nichts mit dem Atomkrieg zu tun hatte, aber im Grunde vom Gleichen handelte: davon, wie Wunden nicht heilen, wenn man sie nicht benennt, davon, wie das Schweigen die Seele zerfrisst.

Vielleicht passiert uns etwas Ähnliches mit der nuklearen Bedrohung: Wir haben so lange geschwiegen, wir haben uns so sehr an ihre unsichtbare Präsenz gewöhnt, dass wir sie gar nicht mehr wahrnehmen.

In der frühen Morgenstunde, als ich diese Zeilen korrigierte, trat ich auf den Balkon hinaus; im Viertel herrschte Stille, ein brauner Hund döste träge auf dem Bürgersteig, und der Himmel färbte sich allmählich in jenes tiefe Blau, das der Morgendämmerung vorausgeht.

Ich dachte an meine Enkelkinder, ich dachte an die Kinder von Hiroshima, die in einem Augenblick verkohlt waren, während sie auf den Schulhöfen spielten, ich erinnerte mich an den Satz, den Albert Camus am Tag nach jener ersten Explosion schrieb: „Die technische Zivilisation hat gerade ihren höchsten Grad an Barbarei erreicht."

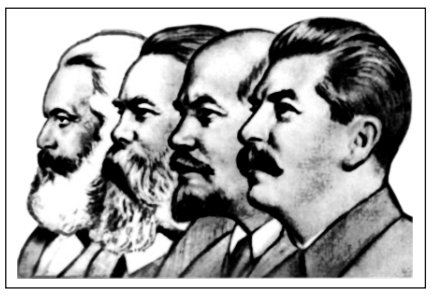
Viele Jahre sind vergangen, doch die Uhr tickt unbeeindruckt weiter, während wir Kaffee trinken und in der Zeitung blättern, als ob nichts geschehen wäre.

Autor: Raúl Antonio Capote | Granma

Quelle: https://de.granma.cu/mundo/2026-06-15/die-uhr-des-jungsten-gerichts-eine-chronik-uber-die-banalisierung-der-apokalypse

Wir gratulieren ganz herzlich allen Lesern unserer Zeitung, die im Monat Juli Geburtstag haben und wünschen alles erdenklich Gute für den weiteren Lebensweg.

Zentralkomitee der KPD und Redaktion DRF



China reagiert auf Anschuldigungen der USA gegen Armeegeneral Raúl Castro

„Wir lehnen den Missbrauch juristischer Mittel und die Ausübung von Druck auf Kuba unter jeglichem Vorwand durch externe Kräfte ab", heißt es in einer Erklärung des chinesischen Außenministeriums

BEIJING – China hat auf die verlogenen und politisch motivierten Anschuldigungen der US-Regierung gegen den Führer der kubanischen Revolution, Armeegeneral Raúl Castro Ruz, reagiert. „Wir lehnen den Missbrauch juristischer Mittel und den Druck auf Kuba unter jeglichem Vorwand durch externe Kräfte ab", erklärte Guo Jiakun, Sprecher des chinesischen Außenministeriums, am Donnerstag auf einer Pressekonferenz.

Er fügte hinzu: „Die Vereinigten Staaten sollten die Sanktionen und Gerichtsverfahren gegen Kuba einstellen und aufhören, bei jeder Gelegenheit mit Gewalt zu drohen." Damit bezog er sich auf die systematischen Äußerungen von Vertretern des Weißen Hauses – darunter Präsident Donald Trump –, die den Sturz der Revolutionsregierung und die Möglichkeit eines bewaffneten Angriffs propagieren. Diese Äußerungen gingen mit der Eskalation der Zwangsmaßnahmen zur Schwächung der kubanischen Wirtschaft einher.

Der Sprecher des Außenministeriums betonte Chinas unerschütterliche Position: Sein Land „unterstützt Kuba entschieden bei der Wahrung seiner Souveränität und nationalen Würde und im Kampf gegen Einmischung von außen."

Er bekräftigte außerdem, dass China generell „einseitige Sanktionen, die keine Grundlage im Völkerrecht oder eine Autorisierung durch den UN-Sicherheitsrat haben, konsequent und entschieden ablehnt".

Autor: Dilbert Reyes Rodríguez | Granma

Quelle: https://de.granma.cu/mundo/2026-05-22/china-reagiert-auf-anschuldigungen-der-usa-gegen-armeegeneral-raul-castro

ABONNEMENT: Die Rote Fahne

- ☐ Ich möchte die Druckausgabe „Die Rote Fahne" im Jahresabo. Preis 35,00 Euro beziehen.
- ☐ Ich möchte die Druckausgabe „Die Rote Fahne" im Förderabo. Preis 45,00 Euro beziehen.
- ☐ Ich möchte das ePaper (PDF) „Die Rote Fahne" im Jahresabo. Preis 20,00 Euro beziehen.
- ☐ Ich möchte das ePaper (PDF) „Die Rote Fahne" im Förderabo. Preis 30,00 Euro beziehen.
- ☐ Ich bitte um das Statut und Programm der KPD. Preis je 2,00 Euro plus Porto füge ich in Briefmarken bei.
- ☐ Ich möchte Mitglied der Kommunistischen Partei werden.

Das Abonnement kann auch formlos, unter Angabe aller Adressdaten, per Email an abo-drf@k-p-d.org bestellt werden

Name ..... Vorname .....

Straße .....

PLZ ..... Wohnort .....

Telefon/Fax .....

Email ..... @ .....